

# vorwärts

die sozialistische zeitung.

Retouren:  
Vorwärts  
Postfach 2469  
8026 Zürich

AZA 8026 Zürich



Schlechte Noten durch Überlastung  
Bild: www.fotolia.de

## Schlaflos in die Berufsschule!

### Positionen

Doris Leuthard, die neue Bundesrätin, verspricht viel. Zu einem besseren Klima im Bundesrat will sie beitragen. Als Wirtschaftsministerin will sie sich gegen die Jugendarbeitslosigkeit engagieren. Bildung müsse bei der Verteilung der Bundesmittel vor der Rüstung kommen sagt sie und betont, es gehe ihr um den Zugang zur Bildung für alle Schichten. Sie spricht sich für Kinderbetreuungsplätze und gegen die Lohndiskriminierung erwerbstätiger Frauen aus. Gerne würden wir ihr glauben, was wir bis heute bezweifeln. An ihren Aussagen messen werden wir sie bestimmt.

Die Strahlefrau Doris Leuthard hat als Nationalrätin einen wirtschaftsliberalen Kurs am rechten Flügel der CVP vertreten, rechts von Bundesrat Deiss, darüber darf auch ihre Kommunikationsfähigkeit nicht hinwegtäuschen. Modern hiess in ihrer Lesart nicht selten, alte Bedenken und Rücksichtnahmen, die für einen Teil ihrer Fraktion auf dem C im Namen der Partei gründen, über Bord zu werfen: Härte statt «Gefühlsduselei» beim Asyl- und beim Ausländergesetz zum Beispiel. Wie die Mehrheit der eidgenössischen Räte trifft sie sich in dieser Frage, die für sie nebensächlich sein mag, für andere aber (über-)lebenswichtig ist, mit der SVP.

Doris Leuthard steht dazu, dass sie noch viel zu lernen hat. Was, Frau Bundesrätin, werden Sie lernen? Dass kein Mensch illegal ist? Dass ImmigrantInnen mehr als ein Wirtschaftsfaktor sind?

ANJUSKA WEIL  
MITGLIED PRÄSIDIUM PDAS

mgb. Am 15. Juni wurde im Nationalrat über die Senkung des Jugendschutzes für Arbeitnehmende abgestimmt. Mit 100 zu 72 Stimmen nahm dieser die Vorlage an. Lehrlinge und Jugendliche sollen neu schon ab 18 Jahren zur Nacht- und Sonntagsarbeit eingeteilt werden können. Bisher betrug das Jugendschutzalter für Lehrlinge 20 Jahre und für andere Beschäftigte 19 Jahre.

Es ist auch in der Schweiz im Trend, Einsparungen und Effizienzsteigerungen in der Wirtschaft und in der Politik auf dem Buckel der Betagten und der Jugendlichen auszutragen – von zwei Generationen also, die über keine Lobby verfügen. Während es bei Betagten unter anderem darauf hinausläuft, dass man beständig die AHV- und Pensionskassenleistungen zu kürzen versucht, werden Jugendliche immer mehr in ihren Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen prekarisiert: Unternehmen streichen Lehrstellen, um kurzfristig Kosten zu senken; mehr und mehr Arbeitgeber verweigern ihren Auszubildenden den Besuch einer Berufsmittelschule (BMS), um sie einen zusätzlichen Tag als Billigarbeitskräfte im Betrieb zu haben und vielerorts werden die Mittel für die Bildung gekürzt und die Schulgebühren erhöht.

### Legalisierung von Missständen

Mit der nun im Nationalrat verabschiedeten Gesetzesvorlage wird ein weiterer Schritt unternommen, gewisse Wirtschaftszweige – in diesem Falle unter anderem die Gastrobranche – auf Kosten jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sanieren.

Gerade für Lehrlinge bringt die Senkung des Jugendschutzes eine erhebliche Mehrbelastung, wie der SP-Nationalrat Christian Levrat sagt: «Mit der geplanten Gesetzesänderung könnten die Lehrlinge ab 18 abends oder nachts zur Arbeit eingeteilt werden, am nächsten Tag hätten sie dann trotzdem Schule. Die Folgen sind leicht vorstellbar: übermüdete Lehrlinge in der Schule, die den Stoff nicht aufnehmen können und damit die nötigen Kompetenzen für ihren Beruf verpassen.» Hinzu kommt auch, dass die meisten Lehrlinge ihre Lehrabschlussprüfungen im Alter von 18 bis 20 Jahren schreiben. Wie die «Swiss Multicenter Adolescent Study on Health» (Smash) aus dem Jahr 2002 – bei

der über 7000 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren befragt wurden – feststellte, nimmt der Stress für Jugendliche im Verlauf ihrer Berufsausbildung stetig zu, je näher sie der Abschlussprüfung kommen. Dieser Stressfaktor führt bei Lehrlingen heute schon zu einem erhöhten Unfallrisiko und zu einer stärkeren Neigung zur Depression als bei gleichaltrigen Jugendlichen, die keine Lehre absolvieren. Doch, nicht nur für die Gesundheit der Auszubildenden ist die nun verabschiedete Gesetzesvorlage fatal, sondern auch für ihr soziales Engagement. Wenn Nacht- und Sonntagsarbeit zur Norm wird, können sich Jugendliche nur noch schwer in Sportvereinen, in der Pfadi oder in politi-

schen Gruppierungen engagieren, denn diese Aktivitäten finden in der Regel ja an Abenden und an Wochenenden statt.

Folgerichtig versuchte die Ratslinke mit einem Minderheitsantrag, zumindest die Herabsetzung des Schutzalters für Lehrlinge zu verhindern. Doch auch dieser wurde im Nationalrat durch die Rechte mit 91 zu 79 Stimmen abgeschmettert.

Zu gross war der Wille der Rechten, schwächelnden Branchen wie der Gastronomie billige, weil junge, Arbeitskräfte zuzulassen. Statt die bestehenden Missstände – die widerrechtliche Ausbeutung von Jugendlichen in diesen Branchen durch Überstunden und ungenügende Ruhezeiten, die nur möglich sind, weil viele Jugendliche über ihre Rechte als Arbeitnehmende ungenügend Bescheid wissen – zu bekämpfen, werden diese Zustände nun via Gesetz weitgehend legalisiert. Noch einmal Christian Levrat: «Es ist offensichtlich, dass diese Gesetzesänderung Jugendliche in der Lehre ausbeutbar macht, ohne Rücksicht auf ihr Alter oder ihre Berufsziele.»

### Kommt nun das Referendum?

Ob gegen die Senkung des Jugendschutzalters das Referendum ergriffen wird, ist momentan noch unklar. Die Juso wäre grundsätzlich dazu bereit, allerdings nur, wenn sie dabei durch die SP oder die Gewerkschaften aktiv unterstützt wird. Wie Patrick Angele, Pressesprecher der Juso sagt: «Die Juso ist – auch gemeinsam mit anderen kleineren Gruppierungen links der SP – momentan leider nicht referendumsfähig. Das hat das gescheiterte Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer deutlich gezeigt.»

Der Gewerkschaftsbund wird erst Ende Monat definitiv über diese Frage entscheiden. Man habe ein intensives Jahr mit vielen Abstimmungskämpfen und Referenden hinter sich und auch in diesem Jahr stünden bereits schon wieder viele politische Kampagnen an, räumt Doris Bianchi vom SGB ein. Man müsse erst die Erfolgsmöglichkeiten eines Referendums abwägen.

### Was tun? Gegen rechts in Burgdorf

Aktivistinnen aus Sachsen informieren über ihre Kampagne, die das Motto des Abends liefert. Im Blickfeld stehen bei dieser Kampagne rechtsextreme Vertriebe und Läden, welche rechts-extremes Material verkaufen. Der Vertrieb mit neonazistischen Inhalt ist mittlerweile eine veritable Umsatzquelle geworden und ein wichtiger Träger der rassistischen und menschenverachtenden Inhalt dieser Ideologie. Die Informationsveranstaltung soll einen Überblick über den bisherigen Verlauf ihrer Kampagne geben und darüber informieren, welche möglichen Gegenstrategien bestehen.

Samstag 24. Juni: «Schöner leben ohne Naziläden».

Rund um den Napf sind seit Jahren verschiedene rechtsextreme Organisationen aktiv. Einen Überblick zu diesen und den Aktivitäten in den vergangenen Jahren gibt Salvatore Pittà, unabhängiger Journalist. Eventuell wird es zusätzlich eine Filmvorführung zum Thema des Abends geben.

Freitag 30. Juni: «Die Neonaziszene rund um den Napf».

BEIDE VERANSTALTUNGEN BEGINNEN UM 20.30 UHR, IM EL BELEDIA, KORNHAUSGASSE 12, BURGDFORF. WEITERE INFOS: WWW.DURCHBRECHEN.CH.VU



## Viel Lärm um nichts!

Dem ganzen medialen Hype zum Trotz, die Wahl von Doris Leuthard in den Bundesrat war denkbar unspektakulär. Im Gegensatz zur Gesamterneuerungswahl des Bundesrats vor drei Jahren, wo der «Schah vom Pfannenstiel» Christoph Blocher für Ruth Metzler und – schlimmer noch – der «Monty-Burns»-Verschnitt H. R. Merz anstelle der sozialliberalen Christine Beerli gewählt wurden, dürfte die Wahl von Doris Leuthard kaum für eine wesentliche Kursänderung, einen neuerlichen Rechtsrutsch im Bundesrat sorgen. Joseph Deiss mag zwar allenfalls sozialer und toleranter gewesen sein, als seine Nachfolgerin, nur hat man davon, abgesehen von ein paar Lippenbekenntnissen, leider nichts gemerkt. Die Erfahrung zeigt, dass auch Doris Leuthard – und das ist in ihrem Fall durchaus positiv – der Mut fehlt, ihre Einstellungen in politische Programme umzuwandeln. Es geht also vermutlich alles weiter wie gehabt.

Schlimmer als unter dem bisherigen Bundesrat kann es eh kaum mehr werden, ob mit oder ohne Doris Leuthard (siehe Steuerpaket, 11. AHV-Revision, Asyl- und Ausländergesetz). Viele der fatalen Vorlagen, die der rechtsbürgerliche Bundesrat in den letzten Jahren durchboxen wollte, konnten aber an der Urne gestoppt werden. Die Hoffnung, dass die beiden rassistischen Blochergesetze im September ebenfalls zu Fall gebracht werden, besteht weiterhin. Auch unter dem neuen Bundesrat gilt für die gesamte Linke: Wir müssen uns weniger am Bundesrat und mehr an den Menschen in diesem Land orientieren – und mit Hilfe von direktdemokratischen Institutionen und ausserparlamentarischem Engagement eine konsequente Oppositionspolitik fahren.

Marco Geissbühler

### Impressum

#### HERAUSGEBERIN:

Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7. Die Publikation erscheint 14-täglich.

#### REDAKTION:

Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58 e-mail: redaktion@vorwaerts.ch Koordination der Redaktion: Tristan P. Dzikowski (tpd). Redaktionell an dieser Ausgabe mitgearbeitet haben: Marco Geissbühler (mgb), Angela Martucci (aam), Silvia Nyffenegger (sin), Anne Polikeit (apo), Roger Stettler (rst) und Siro Torresan (sit).

#### ABONNEMENTE:

administration@vorwaerts.ch. Jahresabo: 160.–, reduziert (AHV, Stud.) 110.–

#### DRUCK:

Imprimerie Copé, Luxemburg

### Das Schweizer Geschäft mit dem Krieg geht weiter

Die Schweiz verhält sich gegenüber den USA sklavenartig, unterwürfig, schreibt Dick Marty in seinem Bericht zu den geheimen CIA-Flügen und Gefängnissen in Europa. Diese Unterwürfigkeit der Eidgenossenschaft gegenüber den Vereinigten Staaten ist nicht neu. Trotz einem restriktiven Kriegsmaterialgesetz exportierte die Schweiz während dem Vietnamkrieg, den Kriegen der USA in Mittelamerika und im Nahen Osten laufen Rüstungsgüter, obwohl das gesetzlich verboten gewesen wäre. Die etablierten Medien kritisierten dies kaum.

Unter krasser Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes setzt jetzt auch heute die Schweiz ihre Rüstungslieferungen an die USA und Grossbritannien, die im Irak und in Afghanistan Krieg führen, fort. Auch die Rüstungszusammenarbeit mit Israel und die Waffenexporte direkt in das Pulverfass des Nahen Ostens gehen weiter. Vom Januar bis März dieses Jahres exportierte unser Land laut Oberzolldirektion für 5049 741 Franken Kriegsmaterial nach Grossbritannien und für 11946925 Franken nach den USA. Nach Deutschland exportierte die Schweiz für 7685499 Kriegsmaterial, nach einem Land dessen Soldaten auch in Afghanistan im Einsatz stehen.

H. FREI

## Ruedi Bantle feiert den 80.



Es gibt die Jungen und die jung Gebliebenen – Ruedi zählt zu Letzteren. Vor dem Alter macht der Rote bis heute nicht Halt – das zeigt sich besonders in seinen guten

Beziehungen zur «jungen Linken». Ruedis Fähigkeit, sich zwischen den Generationen zu bewegen, erklärt sich aus seinem Weg. Denn der Genosse sammelte seine ersten politischen Erfahrungen in einem Jugendverband. 1944 wirkte Ruedi Bantle in verantwortlicher Position für die Freie Jugend Baselland. Im Anschluss daran ging es im Interesse der Jugend weiter – als Sekretär der Freien Jugend der Schweiz. Von 1970 bis 1984 wurde der Genosse schon wieder Sekretär, diesmal von der PdA Basel. Und 1999 sass er als Alterspräsident im Weiteren Bürgerrat von Basel Stadt und gehörte 6 Jahre der Einbürgerungskommission an. In seinen Ämtern und Funktionen vertrat Ruedi Bantle immer die Interessen der weniger gut Verdienenden, der Ausgegrenzten, der Alten und Kranken sowie der Menschen fremder Herkunft. Im Jahr 1984, als die Sandinisten in Nicaragua an der Regierung waren, reisten er und seine Frau Erika für ein Jahr dorthin, um bei der Ernte mitzuhelfen und um vor Ort die Menschen kennen zu lernen. Nach der Rückkehr arbeitete Ruedi als Redaktor am «Vorwärts». Schon immer steht Ruedi Bantle in Kontakt zu Menschen, die sich auch für seine Ideale einsetzen, nämlich mitzuhelfen, eine bessere Welt zu errichten. Ob bei gewerkschaftlichen Demonstrationen oder bei der Anti-WEF-Bewegung, ob bei Unterschriftensammlungen oder Flugblattaktionen und Hausbesetzungen – Ruedi war immer mit dabei. Heute steht er dem jungen Sekretär der Neuen PdA Basel mit Rat und Tat zur Seite. Ruedi hilft, wo er kann, er ist bis heute aktiv. Danke, Ruedi!

Lieber Ruedi, deine Freundinnen und Freunde, deine Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen wünschen dir zu deinem Fest alles Gute und hoffen, dass du uns noch lange mit deiner Initiative und deinen Erfahrungen erhalten bleibst! Liebe Grüsse auch von der Vorwärts-Redaktion.

## «Eine Lehrstelle, Mann»

sit. Auch dieses Jahr stehen Tausende von Jugendlichen auf der Strasse. Besonders betroffen sind schulisch schwächere Jugendliche.

Kürzlich feierte Amir (Name geändert) seinen 18. Geburtstag. Auf meine Frage, was er sich wünsche, antwortete er mir: «Eine Lehrstelle, Mann, was denn sonst?» Und er fügte traurig und gleichzeitig wütend hinzu: «Was würdest du dir wünschen, wenn du keine hättest? Etwa ein Auto?» Amir sucht seit über einem Jahr einen Ausbildungsplatz. Über 100 Bewerbungen hat er schon geschrieben. Beworben hat er sich in den verschiedenen Branchen. «Mein Traumjob ist Automechaniker, aber egal, ich will einfach einen Beruf erlernen, Mann.» So wie Amir geht es Tausenden von Jugendlichen in der Schweiz.

Der Lehrstellenbarometer 2006 beweist es: Er zeigt, wie schon in den Vorjahren, ein deutliches Ungleichgewicht auf dem Lehrstellenmarkt: Noch immer sind mehrere tausend Lehrstellen weniger vorhanden, als Jugendliche auf der Suche sind. Zu einem funktionierenden Lehrstellenmarkt und dem dafür nötigen Angebotsüberhang fehlen schweizweit gar weit über 10 000 Lehrstellen. Daran ändern auch die 1000 Lehrstellen mehr nichts, die gegenüber 2005 angeboten werden.

Die Aktivitäten von Wirtschaft und Politik reichen ganz offenkundig zur Lösung des Problems nicht aus. Dafür sind nicht nur die höheren Schulabgängerzahlen verantwortlich. Es machen sich auch Sünden und Versäumnisse aus der Vergangenheit bemerkbar: Jugendliche, die in der Vergangenheit wegen des Lehrstellenmangels mit einer «Zwischenlösung» vorlieb nehmen mussten und auf später vertröstet wurden, drängen nun natürlich zusätzlich auf den Lehrstellenmarkt.

Mittlerweile stammt fast die Hälfte aller Jugendli-

chen vor der Berufswahl (66 500 von 137 000) nicht mehr direkt aus der obligatorischen Schule – Zunahme gegenüber 2005: 13 500! Konkret müssen sich Bund und Kantone daher entschlossen dafür einsetzen, aus den heutigen «Warteschlaufen» mit den Zwischenlösungen endlich Angebote zu schaffen, die ins System der beruflichen Grundbildung passen. Besonders im Fokus steht dabei der Bedarf an Attestausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche. Hier gilt: heute investieren statt morgen reparieren – zu massiv höheren Kosten!



## Multimediale Gewaltexzesse auf Schüler-Handys

Patrik Maillard. Die die Stadtpolizei Zürich beschlagnahmte in einem Primarschulhaus mehrere Schüler-Handys. Darauf befanden sich Filme, die Gewaltakte wie Hinrichtungen, sogenannte Abschachtungen oder Vergewaltigungen mit Todesfolge real darstellen oder zumindest deren Echtheit suggerieren.

Solche sogenannten Snuff-Filme wurden auf dem Pausenplatz herumgezeigt. Seit November letzten Jahres waren solche Clips in Umlauf, bis ein 10-jähriger Schüler in diesem April seiner geschockten Mutter berichtete, was für Bilder er gesehen hatte. Auf Anfrage erklärt Marcel Saluz von der Medienstelle des Schul- und Sportdepartementes in Zürich: «Neu ist nicht, dass Jugendliche sich solche Filme anschauen, sondern, dass diese sehr mobil auf öffentlichen Plätzen auftauchen und somit auch Jugendlichen und Kindern zugänglich gemacht werden, welche sich solche Szenen gar nicht ansehen wollen. Unser Bestreben muss es sein, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken, damit sie sich gegen solche 'Übergriffe' schützen können.»

Der Zugang zu perversen Darstellungen aller Schattierungen ist im Internet-Zeitalter zum Kinderspiel geworden. Das Problem begrenzt sich aber keineswegs nur auf die Schule und ist auch kein reines Jugendproblem. Die brutalen Bilder, die auf Handys geladen werden, stammen oft aus der Medienwelt der Erwachsenen: Folter-Szenen aus Abu Ghraib, hingeworfene Entführungopfer, von Minen zerfetzte Körper, entstellte Opfer von Gewaltverbrechen... Auf den einschlägigen Internet-Seiten, stehen neben Hardcore-Pornos aller (Ab-) Arten und eigens für ein zahlendes Publikum produzierte Snuff-Videos denn auch oben erwähnte Ausschnitte der Realität zum Herunterladen bereit.

Die Reaktionen von Eltern, Lehrerschaft und Schulleitung im betroffenen Schulhaus zeugten von Ekel und Entsetzen, aber auch von Ratlosigkeit. Wie geht man mit einem Phänomen um, das man eher Grossstädten wie Berlin oder Paris als dem überschaubaren Zürich zugeschrieben hätte? Die juristische Seite ist klar: Das Verbreiten, aber auch der Besitz solcher Filme ist verboten und wird strafrechtlich geahndet. Mit repressiven Massnahmen alleine – dazu gehört auch ein Handy-Verbot an der Schule – bringt das Problem aber leider nicht zum Verschwinden. Es tritt

unvermittelt – z. B. auf dem Schulweg oder dem Fussballplatz – wieder an die Oberfläche. Zudem werden Kollektivstrafen logischerweise meist als ungerecht empfunden. Männliche Halbwüchsige sehen das Betrachten solcher Bilder oft als ein Herantasten an ihre Grenzen. Wer die brutalsten Szenen aushält, gilt als der Härteste. Egal ob verboten oder erlaubt, Hauptsache, man lässt sich damit nicht erwischen.

### Thematisieren statt Verdrängen

Nötig wäre eine breit geführte, vom Alter abhängige Diskussion mit den Kids zum Thema Gewalt und Ethik. Diese muss zu Hause, in der Schule, aber auch unter den Jugendlichen selbst geführt werden. Wenn der Besitz und Austausch gewalttätiger, entwürdigender Filme unter den Jugendlichen als krank statt cool gelten würde, wäre dies ein Schritt zu einer gewissen Selbstregulierung. Eine Entmythisierung lässt sich am ehesten erreichen, indem alle an der Erziehung Mitbeteiligten die Dinge beim Namen nennen, anstatt sich gegenseitig den Ball zuzuspielen. Es ist bekannt, dass man Soldaten, die auf einen Kriegseinsatz vorbereitet werden, mit Snuff-Filmen abstumpft, damit sie als Teil einer Tötungsmaschinerie hemmungslos funktionieren. Grenzerfahrung? Harte Jungs? Es ist eine Tatsache, dass Menschen, meist aus ärmsten Verhältnissen vergewaltigt, gefoltert, getötet werden, nur um kranke Hirne mit perversen Bildern zu versorgen. Nachfrage und Angebot, der Konsument ist Mittäter.

Es ist klar, dass längst nicht alle Kids empfänglich für eine kritische Betrachtungsweise und das Aufzeigen von Hintergründen sind. Vor allem nicht, wenn sie von Erwachsenen kommen. Wenn aber unter den Jugendlichen selbst Kritik laut wird statt Duldung oder gar stillschweigende Bewunderung, sinkt die Attraktivität solcher Clips. Und vielleicht verhilft die Beschäftigung mit dem Thema auch zur Erkenntnis, dass etwas faul ist in einem Wirtschaftssystem, in dem man alles zu Geld machen kann und dessen Hauptstütze die Gewinnmaximierung ist.

## Burgdorf: Widerstand gegen Rechts

**rst. Die Kleinstadt im unteren Emmental gerät immer mal wieder in die Schlagzeilen durch Aktivitäten von Rechtsextremisten. Nicht selten kommt es zu körperlicher Gewaltanwendung aus der braunen Szene. Jetzt ergreift die Stadt umstrittene Massnahmen.**

Begonnen hat es mit der «Solätte» (Solennität) im Jahre 2000, als 40 bis 50 Rechtsextreme aus dem Umland das Sommer-, Blumen- und SchülerInnenfest störten.

### Familie angegriffen

Ein schweizweites Echo erfuhr der Angriff einer Horde von Faschos auf eine stadtbekanntere Familie und dessen Folgen Ende April dieses Jahres. Einem verbalen Angriff eines bekannten Exponenten der Neonaziszene folgte die Mobilisierung von weiteren Gesinnungsgenossen, welche dann die Familie malträtierte. Schon früher wurde der 32-jährige Sohn «angepöbelt». Die Polizei meinte, die Gruppen hätten sich gegenseitig provoziert, nur weil der Sohn bei den verbalen Attacken nicht stumm blieb. Bisher waren die Opfer Gleichaltrige, was Medien und Ordnungshüter immer wieder veranlasste, die Sache herunterzuspielen und von rivalisierenden Jugendbanden zu sprechen. Nun wurde eine ganze Familie, also Sohn, Mutter, Vater samt Kollege angegriffen. Mutter und Sohn mussten im Spital ambulant behandelt werden.

Als Massnahme belebte die Stadt die Aktion «Courage» wieder, welche im Zuge der Massenschlägerei an der Solätte lanciert worden war. Zuerst wurde noch eine Demonstration geplant, die dann aber zum Aktionstag degradiert worden ist. Ausserdem wurde die nächtliche Zweierpatrouille von Stadt- und Kantonspolizei in der Oberstadt durch eine zweite solche ergänzt. Zu reden gab aber die Erwägung der Anwendung des Wegweisungsartikels des kantonalbernerischen Polizeigesetzes, welches nach dem ehemaligen Stadtberner Polizeidirektor

Kurt Wasserfallen (FDP-Hardliner) «Lex Wasserfallen» genannt wird. Nach intensiver Diskussion und Überprüfung wird nun gegen den Neonazi ein anderer Buchstabe (f statt b) desselben Gesetzes, Artikels und Absatzes angewandt, welcher unter dem Namen «Fernhalteverfügung» bekannt ist und erst vor zwei Jahren in das Gesetz eingefügt worden ist.

Zu dieser Thematik fand als Auftakt einer Reihe von Informations- und Diskussionsveranstaltungen, welche im Antirassistischen Festival gipfeln wird, ein Abend statt, bei dem die Anwendung dieses Artikels kontrovers diskutiert wurde. Neben dem Stadtschreiber Roman Schenk und FDP-Gemeinderat Peter Urech nahmen auch Giorgio Andreoli vom gggfon (gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus) und der Jurist Daniele Jenni von der Grünen Partei Bern teil (welche nicht zu verwechseln ist mit der Grünen Freien Liste und dem Grünen Bündnis, den zwei grösseren Grünen Parteien der Stadt Bern). Während Urech und Schenk die Recht- und Zweckmässigkeit von Fernhalteverfügungen verteidigten, hatte Jenni rechtsstaatliche Bedenken.

### Gefragt ist Zivilcourage

Die Befürworter strichen die Unterschiede zwischen Fernhalte- und Wegweisungspraxis heraus. Bei der Fernhaltung muss im Voraus etwas geschehen sein, wie etwa beim Überfall auf die Familie in Burgdorf, um sie anwenden zu können. Bei einer Wegweisung genügt eine Belästigung oder das Gefühl, bedroht zu sein. So können Besoffene weggewiesen werden, falls sich jemand von ihnen belästigt oder bedroht

fühlt. Zudem entscheidet der Gemeinderat – also die Exekutive – nach Rücksprache mit dem Opfer, und nicht die Polizei wie bei den Wegweisungen in Bern.

Fernhalteverfügungen wurden im Kanton Bern noch nie angewandt, alles, was Burgdorf jetzt damit macht, hat Präjudizcharakter und werde «sehr sorgfältig diskutiert».

Daniele Jenni, welcher sich auf diesem Terrain bestens auskennt, warnt aber davor, dass sich «die Handhabung im Laufe der Zeit ändern» könnte. Auch in Bern wären die Wegweisungen zuerst als Ultima Ratio deklariert worden. Doch bei mittlerweile 420 Verfügungen und 1500 Anzeigen pro Jahr könne davon nicht mehr die Rede sein. Zudem wären die Ähnlichkeiten der beiden Artikel eben doch «ziemlich offensichtlich», da bei beiden als Tatbestand eine mögliche Gefährdung oder Bedrohung ausreicht, eine ziemlich subjektive Angelegenheit also, ob sich jemand bedroht fühlt. Nicht zu vergessen, dass bei solchen Verfügungen kein RichterIn entscheidet, bzw. keine Verteidigung oder Anfechtung möglich ist.

Da sich bezüglich der notwendigen Sorgfalt im Umgang mit solch heiklen Fragen, wie sie an der Diskussion aufgeworfen wurden, alle einig waren, herrschte nach dem äusserst aufschlussreichen, offiziellen Teil eine lockere, geradezu freundschaftliche Stimmung. Man kennt sich in Burgdorf. Das ist schön und gut, doch um den braunen Sumpf zu bekämpfen, bräuchte es hauptsächlich Zivilcourage.

WEITERE INFOS: SEITE 7 UND DURCHBRECHEN.CH.VU, WWW.COURAGE-BURGDORF.CH. WWW.NESTBAU.CH

## Um den Lohn betrogen

**sin. Am 14. Juni, dem Jahrestag des legendären Frauenstreiks, forderten die Gewerkschaften landesweit die Lohngleichheit. Arbeitgeber kürzen den Arbeitnehmerinnen systematisch den Lohn.**

Noch immer ist eine 50-Franken-Note für eine Frau nur 39 Franken wert. Dies weil Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger verdienen als Männer. Volle 60 Prozent des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern gehen heute immer noch auf die pure Diskriminierung der Arbeitnehmerinnen zurück. So das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann im Jahr 2000. Das ist empörend. «Lohnraub» nennt es der Schweizerische Gewerkschaftsbund und veranstaltet 2006 die Kampagne «Löhne rauf – Lohngleichheit jetzt!».

### Perfekt durchdachte Aktionen

In Zürich präsentierten an diesem 14. Juni mehrere Gewerkschaften den Arbeitgebern die Rechnung. Juso Kanton Zürich, VPOD Zürich, Comedia, Unia Zürich und «Zoff! Zürcher Offensive Frauen gegen Rechts» forderten mit einer Lohnkarawane von den Arbeitgebern die den Frauen fehlenden Millionenbeträge ein. Der Revolutionäre Aufbau schloss sich der Lohnkarawane an.

Ein Pulk weisser Fahnen und Luftballons mit dem Schriftzug der Comedia zieht nach dem motorisierten Polizisten vor die Alderstrasse 40 in Zürich Tiefenbrunnen. Darunter und dazwischen um die hundert Frauen und Männer. Musik ertönt vor dem Sitz von Viscom, dem Schweizerischen Verband für visuelle Kommunikation, der Unternehmerverband der grafischen Industrie. Comedia, die Mediengewerkschaft, hatte zu einer nationalen Kundgebung aufgerufen.

Vor den roten Fahnen von Unia und VPOD, vor dem Schriftzug des Aufbau, «Schнауze voll vom Lohnschiss. Nehmen wir uns MehrWert» und mit allen für die Lohngleichheit protestierenden Frauen und Männern präsentiert Danièle Lenzin dem Viscom die Rechnung. Lenzin ist Co-Präsidentin von Comedia. Jahr für Jahr bezahlt Viscom den Arbeitnehmerinnen der grafischen Industrie der Schweiz 145 000 Franken zu wenig Lohn. Lenzin fordert die anwesenden Mitglieder der Viscom-Geschäftsleitung auf, diesen Betrag bis zum 31. Juli 2006 zuhänden der geprellten Frauen zu überweisen. Die nationale Kundgebung der Comedia ist ein voller Erfolg.

Mit den Zürcher Verkehrsbetrieben zieht die Lohnkarawane weiter zu Migros City. Suela Jorgaqi, Gleichstellungsbeauftragte der Unia Zürich, beklagt über Lautsprecher eine Milliarde Franken Lohnraub an den Frauen im Schweizer Detailhandel. Jahr für Jahr. Ernüchtert berichtet sie, dass Migros mit keinem Wort auf die Anfrage der Unia eingegangen war, was der Grossverteiler zugunsten der Lohngleichheit für Frauen zu tun gedenkt.

Dann führte der VPOD Zürich die Protestkarawane über die Limmat zum Sitz des Zürcher Regierungsrates und später zum Zürcher Stadtrat. Dem Regierungsrat präsentierte die Regionalsekretärin Sibylle Elam eine Rechnung von 2116 Mio. Franken, dem Stadtrat 948 Mio. Dies für die Lohndiskriminierungen an den beim Kanton und der Stadt Zürich angestellten Frauen in den vergangenen zehn Jahren. Daniel Wettstein, Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons sowie Stadtpräsident Elmar Ledergerber äusserten dabei die irrtümliche Gewissheit, dass die geltende Gleichstellung im Personalrecht der Verwaltung die Lohngleichheit herbeiführen wird. Am Abend gab es im Zürcher Zeughaushof ein Frauenfest. Trotz der erfolgreichen Protestveranstaltung in Zürich, blieb die Teilnahme leider begrenzt.

## Protest gegen Staatsrassismus

**sin. Tausende beehrten am 17. Juni in Bern gegen die von den Bundesbehörden geplanten Gesetzesrevisionen von Ausländer- und revidiertem Asylgesetz auf. Am 24. September wird darüber abgestimmt.**

Über 11 000 Menschen haben am Samstag, 17. Juni in Bern an der zweiten gesamtschweizerischen Demo «Wir sind die Schweiz» teilgenommen. Es sind dies gut 4000 Personen mehr als noch vor einem Jahr. Das Komitee «Wir sind die Schweiz – ohne uns geht nichts» hatte zur Kundgebung aufgerufen. Die Stossrichtung war klar. An der Demonstration forderten sämtliche Gruppierungen dazu auf, die Gesetzesrevisionen am Ausländergesetz und am revidierten Asylgesetz an der Volksabstimmung vom 24. September abzulehnen. Jedes Banner, jeder Schriftzug, jede Plakattafel, jeder Sprechchor und Tausende Teilnehmende der verschiedensten antirassistischen Gruppierungen verkündeten dasselbe Ziel. 2xNein zum revidierten Asyl- und Ausländergesetz! Sie wurden auch Blochergesetze oder Lex Blocher genannt.

Hier die wichtigsten Gründe gegen die beiden Gesetzesvorschläge. Das neue Ausländergesetz (AuG) verstösst gegen den eidgenössischen Verfassungsgrundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. So hält das Komitee 2xNein gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung, Bern, fest. Das AuG benachteiligt die Menschen aus Nicht-EU-Ländern, 700 000 Frauen, Männer und Kinder in der Schweiz, sowie Sans-Papiers und SchweizerInnen, die mit einer oder Nicht-EU-Bürgerin oder -Bürger verheiratet sind. Das revidierte Asylgesetz verletzt internationales Recht insbesondere durch die Wegweisungen von Asylsuchenden, seien dies unbegleitete Kinder, Traumatisierte, Kranke oder ganze Familien. Beide Gesetze beinhalten Zwangsmassnahmen. Umgekehrt fordert das Komitee ein Asylgesetz, welches die Menschen nicht in Not bringt.

Für einmal führt Amnesty International seinen historischen Kampf für die Menschen-

rechte in der Schweiz. Die Menschenrechtsorganisation beschloss nämlich, das Doppelreferendum zu unterstützen, weil die geplanten Gesetzesänderungen schwere Verstösse gegen die Grundrechte von Personen beinhalten. Daniel Bolomey, Schweizer Generalsekretär von Amnesty International, erinnert einmal mehr an Stanley Van Tha, dessen Asylgesuch das Bundesamt für Migration im Mai 2002 ablehnte. Van Tha wurde daraufhin in Burma zu 19 Jahren Haft verurteilt. Bolomey rief die Schweiz an diesem Samstag auf, die Grundrechte im Innern des Landes zu respektieren. Es genüge nicht, mit den Menschenrechten lediglich auf dem internationalen Parkett zu glänzen.

Die Stimmung an der Grosskundgebung war locker und entspannt. Die Menschen nahmen sich Zeit zum miteinander Reden. Selten bewegte sich eine Gruppe ganz ohne konkrete politische Aussage im Umzug. Dieser war unüberblickbar gross, friedlich, cool. Sogar der Fussball fand einen Platz im Sprechchor unter im Takt bewegten Unia-Fahnen, «olé, olé, olé – regularisez les Sans-Papiers!» Zurück am Waisenhausplatz, dem Ausgangsort der Kundgebung, hielt die ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss das Schlusswort. Politische Entscheide müssen von «Herz und Verstand» geleitet sein, erklärte sie. Sie bedauerte, dass bei beiden anstehenden Gesetzesrevisionen leider beides fehle.



11000 für 2 x Nein  
Bild: Siro Torresan

## Blaupause light für Sozialabbau

Georg Polikeit. **Die EU-Oberen wollen die neoliberale Deregulierungsdirektive für Dienstleistungen noch vor der Sommerpause durchpauken. Der Kompromiss, auf den sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben, ändert den Charakter der Vorlage nicht.**

Genau den 29. Mai, den ersten Jahrestag des französischen Nein zur EU-Verfassung, hatten sich die EU-Oberen ausgesucht, um zu verkünden, dass die umstrittene «Bolkestein-Direktive» (Dienstleistungsdirektive) in abgeänderter Fassung nun endgültig in Kraft gesetzt werden soll. War diese Terminwahl nur pure Gedankenlosigkeit und mangelnde Sensibilität – oder eine absichtliche Brückierung der Menschen, die «Nein» gesagt hatten?

Jedenfalls haben die massgeblichen Führungskreise der EU sich darauf festgelegt, die Sache nun «durchzuziehen». Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament, Martin Schulz (BRD), plädierte dafür, die EU-Richtlinie «noch vor der Sommerpause» unter Dach und Fach zu bringen. Das würde bedeuten, dass das EU-Parlament die Vorlage «im Schweinsgalopp» so durchwinken muss, wie sie die EU-Minister auf ihrer Tagung am 29. Mai in Brüssel nun endgültig vereinbart haben. Die letzte Möglichkeit dafür wäre die Sitzungswoche des EU-Parlaments vom 3. bis 6. Juli. Offenbar sollen weder die EU-Parlamentarier noch die nationalen Parlamente, aber schon gar nicht die Bürger in den EU-Staaten und die Basis der Gewerkschaften noch einmal eine Chance haben, die «Neufassung» genau zu prüfen oder gar erneut dagegen anzugehen.

Breite Proteste  
gegen  
die Bolkestein-Initiative  
Bild: zVg



### Medienmanipulation

In den Medien wird derweil das grosse Verwirrspiel weiter betrieben, dass mit der jüngsten Ministerratstagung nun bereits «alles gelaufen» und «alles in bester Ordnung» sei. Die ARD-Tagesschau berichtete am 30. Mai fast euphorisch: «Die Europäische Union öffnet ihre Dienstleistungsmärkte. ... Für Firmen soll es leichter werden, im Ausland ihre Dienste anzubieten. Um Lohn- und Sozialdumping zu vermeiden, müssen sie sich aber an die Regeln im jeweiligen Land halten.»

Das ist gleich eine doppelte Lüge. Denn erstens wird die «Öffnung der Dienstleistungsmärkte» damit als bereits vollzogene Tatsache dargestellt. Wie wenn das EU-Parlament gar nicht mehr gefragt werden müsste. Dass es vielleicht noch Änderungen verlangen könnte, steht nicht auf dem Programm.

Und zweitens ist die Behauptung, dass damit Lohn- und Sozialdumping vermieden würde, weil sich die Firmen bei grenzüberschreitender Tätigkeit «an die Regeln im jeweiligen Land halten» müssten, eine glatte Falschinformation. Kein ARD-Redakteur wird in der Lage sein, in dem von den EU-Ministern verabschiedeten Text auch nur eine einzige Stelle vorzuzeigen, in der dies festgeschrieben worden wäre.

Tatsächlich haben die EU-Minister auf ihrer jüngsten Zusammenkunft weitgehend den Text übernommen, wie ihn die «grosse Koalition» von Sozialdemokraten und Konservativen im EU-Parlament im Februar dieses Jahres untereinander ausgehandelt hatte. In einigen Punkten haben die Minister selbst davon noch einmal Abstriche gemacht. Die massiven Proteste von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen haben zwar eine gewisse Wirkung erzielt. Das widerspiegelt sich in gewissen Konzessionen an die gewerkschaftlichen Forderungen, die im neuen Text enthalten sind. Aber bei genauer Prüfung finden sich für Einschätzungen, wonach der Bolkestein-Direktive damit «die Giftzähne gezogen» seien und jetzt nur noch eine bekömmlichere «Bolkestein-light»-Version zur Verabschiedung vorliegt, keine Grundlage.

Die EU-Abgeordnete Sarah Wagenknecht von der Linkspartei.PDS stellte in einer Erklärung zur Einigung des EU-Ministerrats zu Recht fest: «Der Kompromiss,

auf den sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben, verändert den Charakter der Dienstleistungsrichtlinie nicht. Sie ist und bleibt eine Blaupause für Sozialabbau.»

Sie steht mit dieser Einschätzung nicht allein. Interessanterweise hat sogar eine Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale, nämlich die Belgische Sozialistische Partei (PSB), sich gegen die von den EU-Ministern verabschiedete Vorlage ausgesprochen (Die belgische Regierung, in der die PSB ein wichtiger Koalitionspartner ist, hat deshalb neben Litauen, dessen Regierung gerade auseinandergebrochen ist, im EU-Ministerrat Stimmhaltung angekündigt). Die Vorlage gehe noch hinter den am 16. Februar im EU-Parlament verabschiedeten Kompromiss zurück, heisst es in der von der PSB veröffentlichten Stellungnahme. Doch sei bereits dieser «für die Sozialisten unannehmbar» gewesen. Wichtige Lebensbereiche wie das höhere Bildungswesen, die Kultur, der größte Teil der sozialen Dienste und ein Teil der mit Beschäftigung und Ausbildung verbundenen Dienstleistungen würden damit «dem alleinigen Gesetz des Marktes» ausgeliefert.

### Neue europäische Mobilisierung?

Bedauerlicherweise hat sich der Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), John Monks (Grossbritannien), völlig der sozialdemokratischen Lesart angeschlossen, wonach sich der EGB zu dem ausgehandelten Kompromiss «beglückwünschen» könne. Die Stellungnahme des deutschen Ver.di-Chefs Bsirske fiel da erfreulicherweise deutlicher aus. Laut einer am 31. Mai veröffentlichten Mitteilung sieht ver.di «bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie weiterhin erheblichen Nachbesserungsbedarf». Allerdings beschränkte sich auch Bsirske in seiner Stellungnahme darauf zu hoffen, dass das EU-Parlament bei der zweiten Lesung «unsere zentralen Kritikpunkte aufgreifen wird». Er forderte die EU-Abgeordneten auf, angesichts der nach wie vor vorhandenen «Defizite» der Richtlinie «politische Initiativen zu ergreifen, die Lohn- und Sozialdumping effektiv verhindern». Aber ob sich da wirklich ohne eine «neue europäische Mobilisierung» etwas bewegen wird, wozu die belgischen Sozialisten in ihrer Stellungnahme aufgerufen haben?

## Angela lädt Georg zu Besuch ein

Elke Kraus. **Die deutsche Kanzlerin Merkel hat US-Präsident Bush während seiner Reise zum G8-Gipfel in Petersburg für den 14. Juli zu einem Zwischenstopp in ihren Wahlkreis Stralsund im Nordosten Deutschlands eingeladen. Entgegen den ersten Presseberichten herrscht bei der Bevölkerung keine Freude.**

### Not Welcome!

Trotz allen Schwierigkeiten (Stralsund liegt geografisch abseits, Ferienzeit ...) wurde für den 14. Juli zu einer Demonstration in Stralsund aufgerufen, Motto: «Not Welcome Mr. President – Bush und Merkel: Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen».

Die Friedensbewegung protestiert, in erster Linie gegen den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak, und die Gefahr eines weiteren Krieges im Iran bzw. der gesamten Region. Die Bundesregierung und die EU werden ermahnt, eine konstruktivere Rolle zu übernehmen und militärischen Optionen eine Absage zu erteilen.

In vielen Orten der BRD werden im Vorfeld des Besuchs bereits viele Aktivitäten stattfinden, insbesondere vom 13. bis 15. Juli, parallel zur Eröffnung des G8-Gipfels).

WEITERE INFOS:  
WWW.FRIEDENSKOOPERATIVE.DE/TERRROTTER.HTM

Kaum war die Mitteilung über den neuerlichen Bush-Besuch in Old Germany verbreitet worden, titelte die «Ostsee-Zeitung»: «Stralsund strahlt». – Ein etwas müder Zeitungsleser wunderte sich zunächst: Wie das? Die Reste des unmittelbar nach der «Wende» stillgelegten KKW standen doch noch immer in der Lubminer Heide – wie kam Strahlung auf einmal nach Stralsund? War möglicherweise ein unbekanntes Atom-U-Boot dort angelandet? Ein zweiter Blick schuf Klarheit: Freude sollte ausgedrückt werden: «Bush kommt nach Stralsund».

Die zuständigen Redakteure müssen Übermüden geleistet haben, denn in der kurzen Zeit, die ihnen zur nächsten Ausgabe blieb, haben sie Erstaunliches herausgefunden. Die geplante Visite, so ermittelten sie, «löste im Land ein überwiegend positives Echo aus». Ein Ergebnis, das sie durch Stellungnahmen von Landsvater Harald Ringstorff (SPD), dem Vorsitzenden der CDU, Jürgen Seidel, und Stralsunds Oberbürgermeister Harald Lastovka (CDU) zu stützen suchten. Aber auch Volkes Stimme war eingeholt worden. Geradezu euphorisch äusserte sich die Leiterin der Tourismuszentrale Birgit Wacks: «Für mich ist das wie die Wende – revolutionär», soll sie gesagt haben. Dem wollte Fischhändler Henry Rasmus selbstverständlich nicht nachstehen: «Das ist der Hammer», liess er verlauten, «Die ganze Welt blickt auf Stralsund».

Natürlich verpflichtete die Objektivität auch einzelne Gegenstimmen zu vermelden. So soll der «Chef» der Linkspartei, Peter Ritter, mitgeteilt haben, dass

seine Freude (!!!) eher verhalten sei. Aber auch bei der Stralsunder Polizei war man offenbar nicht begeistert. Eine Verlängerung der Urlaubssperre wird vermutet und das zur Sommerzeit. Stichworte: Fussball-WM und Jugendtreffen «Prora 06» – da hat das noch gefehlt, ist zu hören! – Aber Zweifler und Meckerer gibt es schliesslich ja überall. Gott sei Dank sind sie gemessen an der Mehrzahl der positiven Stimmen unbedeutend.

Dass aber ausgerechnet von den Staatsdienern in Uniform solche kritischen Töne zu hören sind, schmerzt schon. Grenzt es nicht an Panikmache, wenn Stralsunds Polizeisprecher Uwe Werner ausgerechnet auf Mainz 2005 verweist? Dort, so wird erinnert, mussten Wochen vorher «Garagen, Schuppen, Hausflure, zum Teil auch Wohnungen durchsucht und versiegelt werden». Scharfschützen auf den Dächern, Aufklärungsflugzeuge in der Luft und Schnellboote auf dem Strelasund werden den «mächtigsten Mann der Welt» zu schützen suchen – man kann eigentlich jedem nur empfehlen, Stralsund in dieser Zeit möglichst weiträumig zu umgehen!

All dem sieht Stralsunds Oberbürgermeister gelassen entgegen: «Wir waren schon einmal eine Festung» soll er gescherzt haben, «vor 400 Jahren bei der Belagerung durch Wallenstein. «Man sei siegreich daraus hervorgegangen!» Diesen historischen Optimismus werden die Stralsunder wohl auch gebrauchen können.

Aber wenden wir uns noch einmal Volkes Stimme zu. Meine Skepsis, das Stimmungsbild betreffend, welches die Zeitung mir ins Haus geliefert hatte, sollte sich

schon bald bestätigen. Leserpost signalisierte alsbald weiteren Unmut. «Toll», schrieb da Christina Hörtz aus Stralsund, «da bekomme ich Angst. Werde ich an diesem Tag, der auch mein 23. Geburtstag ist, auch aus meiner Wohnung kommen?» Ein anderer Stralsunder gibt kollektive Meinung wieder und teilt mit, dass er und seine Kollegen allesamt nichts von diesem Besuch halten, weil dieser Mann «nicht gerade für eine friedliebende Politik bekannt» sei. Ein anderer Leser bemerkt in Erwartung des Ausnahmezustandes spitz: «Terroristen und schlechte Menschen lauern ja überall. Manchmal werden sie auch von unserer Kanzlerin nach Stralsund eingeladen.» Ein anderer formuliert es noch schärfer: «Dieser Mann ist mit seiner Politik eine Gefahr für die Welt und mit seiner Anwesenheit eine Gefahr für Stralsund und seine Bürger!» Neun Zuschriften, davon nicht eine einzige, die dem Bild entspricht, das die Zeitung wenige Tage vorher gezeichnet hat! – Man sollte die Leserbriefspalten in den Zeitungen abschaffen!

Neuesten Nachrichten zufolge, kann sich die Linkspartei mit dem Besuch nicht anfreunden. Anders noch als vor Jahren, als ihr Vorsitzender sich bei dem US-Präsidenten für ungebührliches Benehmen seiner Kollegen entschuldigte, wird es jetzt wohl eher kontrovers zugehen.

Zunehmend wird auch die Frage gestellt: «Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Pinkepinke?» – Aber das ist ein weites Feld und wir werden wohl noch einmal darauf zurückkommen müssen.

# Vietnam: noch ist Hilfe unabdingbar

Anjuska Weil. **Vietnam ist eines der ganz wenigen Länder, welche das Millenniumsziel der Halbierung der Armut erreichen werden. Nun droht ihm, Opfer seines eigenen Erfolgs zu werden. Öffentliche und private Geldgeber diskutieren, ihre Entwicklungs- und Hilfsprogramme abzuschliessen.**

«Zu früh» ist der einhellige Tenor auf vietnamesischer Seite. Noch gehört Vietnam zu den armen Entwicklungsländern, auch wenn das Wirtschaftswachstum und die aktive Bekämpfung der Armut (nicht der Armen!) die Verhältnisse stetig verbessern und es das erklärte Ziel der Regierung ist, bis 2010 würdige Lebensgrundlagen für alle zu schaffen.

Am Beispiel der Arbeit des kleinen Vereins Leprahilfe Vietnam soll hier Einblick in ganz konkrete Armutsbekämpfung und Hilfe an die Ärmsten vermittelt werden. 1991 (durch ein Vermächtnis von Els Goldstein, manche LeserInnen des vorwärts mögen sich noch an sie erinnern) gegründet, arbeitet der Verein eng mit dem Nationalen Programm zur Bekämpfung der Lepra zusammen.

Lepra gab es in Vietnam schon vor der Kolonialzeit. 1982 hat das Programm seine Arbeit gemäss den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO aufgenommen, heute gelten bereits zahlreiche Provinzen als Lepra frei. Doch trotz der beeindruckenden Erfolge gibt es noch rund 18 000 von Lepra Betroffene in Vietnam. Jene mit schweren Verstümmelungen sind alte Menschen.

1997 sind die Verantwortlichen mit einer landesweiten Kampagne an die Öffentlichkeit getreten. Für den inzwischen verstorbenen Prof. Le Kinh Due, den «grand old man» in Sachen Leprearbeit in Vietnam stand fest: um weitere Erfolge in der Ausrottung der Krankheit zu erzielen, müssen die Köpfe der Menschen erreicht werden. Jene der Gesunden, um sie darüber aufzuklären, dass Leprakranke, die behandelt werden, für sie heute keine Gefahr mehr darstellen. Jene der Erkrankten, die ihr Leiden oft so lange als irgendwie möglich versteckt hatten, um sich zur Behandlung zu melden, zum Wohle ihrer selbst und um weitere Ansteckungen zu verhindern.

## Armut mit Berufsbildung bekämpfen

Um die Armut der Kranken und ihrer Familien zu lindern, werden Berufsbildungskurse für medizinisch geheilte ehemalige PatientInnen und Kinder von Leprakranken, die für ihre Eltern sorgen, angeboten.

Nach den guten Erfahrungen der ersten Nähkurse in Hanoi werden heute auch Kurse im Süden des Landes und in Zentralvietnam durchgeführt. Letztere werden mehrheitlich vom Teilnehmenden aus dem zentralen Hochland besucht. Die Programme zur Bekämpfung der Lepra in ihre Dörfer zu tragen, ist sehr wichtig, denn dort gibt es noch Neuansteckungen.

Ein Kurs dauert sechs Monate und umfasst 20 Teilnehmende, die beim Kurseintritt mindestens über Grundschulkenntnisse verfügen. Die Nähmaschine dürfen sie nach Abschluss ihrer Ausbildung als Startkapital nach Hause mitnehmen.

Für die Frauen (und vereinzelt Männer) ist es oft der erste Aufenthalt ausserhalb ihrer Gemeinschaft. Sie sind sehr schüchtern und haben nicht selten grosses Heimweh. Deshalb gilt es dem Umfeld der Kurse die nötige Beachtung zu schenken. Die Auszubildenden sollen liebevoll aufgenommen werden, sich wohl fühlen und entfalten können.

Bald wuchs das Bedürfnis, auch eine Ausbildung für Männerberufe vorzusehen. Dabei sollte das Gelernte zu einer Tätigkeit befähigen, die auch in den Randregionen ausgeübt werden kann und den Menschen dort Nutzen bringt. Motorräder sind im heutigen Vietnam das wichtigste Transportmittel und je mehr StädterInnen sich neue Modelle kaufen können, desto mehr ältere gelangen in arme ländliche Gebiete. So wurde die Idee der Kurse für Motorradmechaniker geboren. Analog zu den Nähmaschinen, erhalten die Motorradmechaniker als Startkapital eine Werkzeugkiste.

Aus der Nachbetreuung der inzwischen rund 300 Ausgebildeten wird ersichtlich, dass es den meisten gelungen ist, aus dem Schatten der Krankheit herauszutreten und ihr Leben auf neue Grundlagen zu stellen. Sie sind heute in der Lage, mit dem Gelernten ein bescheidenes Einkommen zu erarbeiten und ihre Familien zu unterstützen.

## Verpflegung für arme Kranke

Dieses Projekt bezahlt die Verpflegung für besonders arme Kranke mit Lepra und anderen schweren



Vietnamesisches Berufsbildungsprogramm für Leprakranke und deren Angehörige.  
Bild: zVg

Hautkrankheiten, welche eine spezialisierte Behandlung benötigen. Die vietnamesische Seite übernimmt die Heilungskosten. Doch wie in zahlreichen anderen asiatischen Ländern ist es auch in Vietnam üblich, dass Kranke bzw. deren Familienangehörige, die Verpflegung während des Spitalaufenthalts gewährleisten. Bei sehr armen PatientInnen ist dies auf Bezirks-, allenfalls noch auf Provinzebene möglich, nicht jedoch, wenn eine Behandlung in einem weit entfernten Spital notwendig ist. Das Projekt ist im Sommer 1997 angelaufen und hat seither die Behandlung von mehreren Tausend Kranken ermöglicht. Doch die Wartelisten werden noch nicht kürzer, ein Indiz dafür, dass es dieses Programm noch über längere Zeit brauchen wird.

WEITERE INFOS: VEREIN LEPRAHILFE VIETNAM,  
POSTFACH 8164, 8036 ZÜRICH, 044 462 20 03

# «Soziale Probleme sollen mit Gewalt gelöst werden»

Rainer Schultz. **Menschenrechtskommission legt Bericht über massive Polizeiübergriffe im mexikanischen Atenco vor. Ein Gespräch mit Inaki Garcia der Menschenrechtskommission CCIODH**

Inaki Garcia ist Sprecher der Internationalen Zivilen Menschenrechtskommission CCIODH und war vom 29. Mai bis 4. Juni 2006 in Mexiko. Die Kommission, gegründet 1997 als Reaktion auf Massaker in Chiapas, untersuchte dort die Vorfälle vom 3. und 4. Mai in dem Dorf Atenco, wo die Polizei eine Demonstration von Bauern angegriffen hatte.

Die Internationale Zivile Menschenrechtskommission ist in der vergangenen Woche aus Mexiko zurückgekehrt. Was war der Anlass für die Reise?

Wir waren sehr besorgt, als wir von den Ereignissen Anfang Mai in dem mexikanischen Dorf San Salvador Atenco weit der Hauptstadt hörten. Eine Demonstration der linken Bauernorganisation FPDT (Volksbündnis zur Verteidigung des Landes) gegen zunehmende Repression ist am 3. Mai von rund 3000 Polizisten brutal angegriffen worden, über 200 Demonstranten wurden festgenommen. Ein Jugendlicher wurde erschossen, eine Person liegt im Koma. Es gab 30 Schwerverletzte und ungezählte Vorwürfe wegen Vergewaltigungen. Über zwei Tage hinweg kam es zu Polizeiübergriffen auf die Gemeinde. Fünf Ausländerinnen, darunter zwei Frauen aus Barcelona, wurden anschliessend ausgewiesen. Auch sie berichteten uns von Misshandlungen, sexuellem Missbrauch und der Situation der Gefangenen. Auslöser der Übergriffe waren Proteste von Blumenhändlern, die samt

ihrer Verkaufsstände aus dem Dorf vertrieben werden sollten. An diesem Wochenende legen wir unseren 70-seitigen Bericht vor.

Ihre Kommission hatte zunächst die Aufgabe, die Aussagen aller Beteiligten zu sammeln. Wie war die Zusammenarbeit mit den Behörden?

Insgesamt waren die Reaktionen auf unsere Untersuchung positiv. Wir haben mehr als 150 Interviews geführt. Organisationen, welche die Vorfälle aufarbeiten, Gefangene, Rechtsanwälte sowie Familienangehörige gaben uns ihre Aussagen. Die staatlichen Behörden zögerten hingegen die Gespräche hinaus, haben dann aber auch mit uns geredet. Schliesslich konnten wir als erste Organisation das Gefängnis, in dem die Festgenommenen gelandet sind, besuchen und haben dort mit 27 Inhaftierten gesprochen. Einen Monat nach ihrer Verhaftung haben sie noch immer keinen Zugang zu medizinischer Hilfe, obwohl es mehrere Frauen gibt, die vergewaltigt wurden und dringend medizinische und psychologische Hilfe benötigen. Ein behinderter Mensch im Rollstuhl wurde bei seiner Verhaftung schwer misshandelt. Ihm wird vorgeworfen, neun Polizisten entführt zu haben.

Wir konnten auch mit den Eltern des 20-jährigen Studenten, der seit dem Polizeieinsatz im Koma liegt und für gehirntot erklärt wurde, sprechen. Uns wurde ein Bild des Grauens präsentiert.

Wie hat die Regierung auf die Vorwürfe reagiert?

Sie rechtfertigt das Vorgehen der Polizei damit, dass die FPDT Menschen entführt und gewalttätig protestiert habe. Regierung und Polizeiführung beharren darauf, dass bei dem Polizeieinsatz am 3. Mai keine Waffen eingesetzt worden seien. Dabei wurde an dem Tag ein 14-jähriger Junge erschossen. Uns wurde aber zugesagt, dass administrative Untersuchungen gegen einige Polizisten eingeleitet würden.

In einem Monat wählt Mexiko eine neue Regierung. Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2000, als Vicente Fox Präsident wurde, gab es grosse Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung. Wie beurteilen Sie die Lage fünf Jahre danach?

Die Hoffnungen, die mit dem Regierungswechsel verbunden waren, wurden enttäuscht. Die sozialen Konflikte haben an Schärfe zugenommen und die Antwort heisst Repression. Es ist eine sehr komplizierte Situation entstanden. Der Fall Atenco symbolisiert die Gefahr, dass soziale Probleme mit Gewalt gelöst werden. Aus unserer Sicht ist es eine moralische Pflicht, für das Recht einzutreten, sich zu organisieren und soziale Probleme zu lösen. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass eine ganze Gemeinde bestraft wird und zerstört werden soll, um Widerstand im Keim zu ersticken.

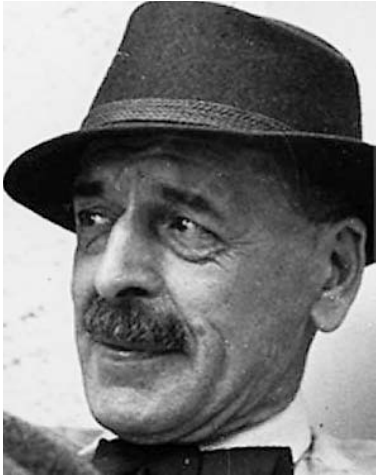
AUS «JUNGE WELT»  
WWW.JUNGEWELT.DE

## Guantanamo: schwere Vorwürfe

Die Hinterbliebenen der beiden im US-Gefangenenlager Guantanamo verstorbenen Häftlinge haben wiederholt schwere Vorwürfe gegen die USA erhoben. Das berichtet Spiegel-Online vergangenes Montag. Ihren Angaben zufolge wiesen die Leichen ihrer Verwandten Spuren von Schlägen auf. Der Vater eines Häftlings erklärte, die Leiche seines Sohnes vor Beginn der Autopsie in Riad gesehen zu haben. Er hätte Hämatome am Kopf entdeckt, die Schläge könnten zu seinem Tod geführt haben. Die US-Armee erklärte hingegen, dieser und zwei weitere Gefangene hätten Selbstmord begangen. Einer der Verstorbenen kommt aus dem Jemen. Seine inzwischen in die Heimat überführte Leiche sei nach der Obduktion in den USA nicht mehr vollständig. Die Todesursache sei aus diesem Grund durch eine Autopsie nicht zweifelsfrei bestimmbar, so die Hinterbliebenen. In dem Gefangenenlager der US-Armee werden rund 460 Männer unter dem Verdacht festgehalten, Kontakte zu der «Extremistenorganisation al-Qaida» oder zur «afghanischen Taliban» gehabt zu haben. Bislang wurde aber nur gegen zehn der Insassen formell Anklage erhoben. Eine Sprecherin des US-Aussenministeriums sprach von einem guten «PR-Gag» der Gefangenen, «durch ihren Selbstmord Aufsehen zu erregen». Der Lagerkommandant sprach im Zusammenhang mit dem Tod der Betroffenen von einem Akt der «Kriegsführung» gegen die USA.

# C. F. Ramuz' Tagebücher erschienen: ein Waadtländer Früh-Anarchist!

Hans-Peter Gansner. Von «literarischen Tanga-Slips», Schandbriefen an den ehemaligen zürcherischen Regierungsrat Gilgen, Literaturzaren und dem «Einholen der Ekstase über Disziplin». Über überraschende Neuerscheinungen von Charles Ferdinand Ramuz, Walter Matthias Diggelmann, Marcel Reich-Ranicki, Hugo Loetscher und Janos Stefan Buchwardt.



Charles Ferdinand Ramuz  
1878–1947

«Pour moi, considérant une individualité formée dans la solitude, empruntant peu à autrui, nourri de sa propre substance, une timidité excessive qui répugne à la vie de société – (...), je me sens instinctivement porté vers un anarchisme réduit, une retraite sur le mont sacré, où l'Etat ne me devrait rien, où je ne devrais rien à l'Etat...» (C. F. Ramuz, Journal, Tome 1, publié sous la direction de Roger Francillon et Daniel Magetti, Slatkine, Genève 2005, Note du 1er mai 1901).

Natürlich hat das etwas Rührendes, es zeigt gewisse Parallelen zum Monte Verità bei Lugano, wo sich Individualanarchisten, Lebensreformer und Ausdruckstänzerinnen zum Schrecken der wohlhabenden Tessiner Bauern- und Krämerfamilien zu einem wild-entfesselten Alternativ-Szenario liierten, das ein Entwurf der Gesellschaft der Zukunft, eine im kleinen realisierte Utopie, eine Insel der Zukunft sein sollte. Ramuz hatte als angehender Lausanner Gymnasiallehrer für Deutsch sicher nichts am schwarzen, zerdrückten, schmalkremigen Hut, den er immer verwegen frech wie ein Vigneron du Lavaux schräg auf dem linken Ohr trug; und auch die gleichzeitig in Genf wesenden Anarchisten um Trofimowsky, dem Vater der Isabelle Eberhardt, der geistigen Tochter Arthur Rimbauds, waren ihm fremd. Und doch, und doch: «D'autre part, ma grande sensibilité a grand besoin d'amitié et d'amour. Par conséquent, dans la retraite un groupement d'affinités électives, de sympathie sans rien de forcé, les amis avec leurs amis, leurs familles autour d'eux, une vie simple dans la campagne, on vivrait de ses produits...» Also Selbstversorgung, also leben in Autarkie, also Cocagne...

## Lyrisches Tagebuch

Hugo Loetscher hat eine Art rückblickendes lyrisches Tagebuch veröffentlicht, das er mit feiner Ironie «Es war einmal die Welt» (Diogenes Verlag, Zürich) betitelt: es sind fast heikuartige, konzentrierte Erinnerungen, wie Einschlüsse, aber ohne das Korsett der japanischen Formen wie Haiku, Tanga oder Renga: eher eine Art literarischer Tanga-Slip, der die Realität, auch jene eines Sumo-Ringers, noch besser zur Geltung bringt. «Allerwelt» heisst die Abteilung, in der Loetscher Notate von seinen ausgedehnten Reisen und Aufenthalten fast wie zufällig, aber immer mit äusserster Präzision zu Papier gebracht hat; der Zyklus, der dem Band den Titel gegeben hat, fasst sehr persönliche Erfahrungen des Autors zusammen; und das kleine, selbstironische Nachwort, das an Frischs Tagebuchstil erinnert, gibt abschliessend den Schlüssel zum Vorhergehenden her, indem Loetscher über sich selber als über siebzigjährigen Schreibenden sagt: «Wer durchhielt, war einer mit einem 'Ich', und mit diesem blieben Worte, unter denen er seine eigenen suchte». Ein Kunstwerk durch und durch, obwohl so persönlich wie das Tagebuch des grossen Charles Ferdinand Ramuz.

## «Ich trage meine Haut zum Markte!»

WMD, wie man ihn nannte, war das Enfant terrible der Schweizer Literaturszene von 1950 bis in die Siebzigerjahre: er wollte schon als Bub «Schriftsteller» (sic!) werden, wie er einmal mit einer typisch Freud'schen Schreib-Fehlleistung in einem seiner ersten Lebensläufe krakelte. Jedenfalls, die Würfel waren gefallen, und selbst der Anstaltsdirektor der Rheinau bei Rhäzüns hatte damals die gute Idee, diese ersten Gehversuche des zukünftigen Schweizer Aussenseiters par excellence sorgfältig aufzuheben.

Diggelmann ist von diesem Augenblick an hin und her gerissen zwischen der Resignation des Aussenseiters, der Eitelkeit des Nonkonformisten, dem Furor des écrivain engagé und schliesslich dem Pathos des quasi offiziellen People-Autors. Diese wertvollen Zeugnisse eines frühen Einzelgängers und Linksextremen stehen heute im Schweizerischen Literaturarchiv der Schweiz zur Konsultation zur Verfügung. Zum Glück hat Klara Obermüller, Diggelmanns dritte Ehefrau, langjährige Weltwoche-Redaktorin, als dieses Weltblatt noch links und oppositionell war, jetzt den Anpfiff zu einem abschliessenden sechsten Band der Werkausgabe Diggelmanns gegeben. Diese Diggelmann-Briefe sind von einer Radikalität und Chuzpe, dass dem Leser oft die Spucke wegbleibt! Briefe an Walther Hofer, Konrad Farnner, Willy Bretscher, Ernst Bieri, Werner Wollenberger, Luc Boissonas, Werner Weber, Mario Cortesi, Aurel Schmidt, Sigmund Widmer, Bertold Rothschild, Daniel Vischer und Hans Habe, um nur eine zufällig herausgegriffene, aber die extreme Bandbreite der Adressaten in etwa abdeckende Auswahl zu geben, die zur Lektüre des Briefbandes anstiften soll, kommen vor.

In den sonst ausgezeichnet erläuternden Anmerkungen zu jedem Brief, in welchen man viel über die Adressaten, aber auch über Diggelmanns damalige Lebensumstände, ja sogar über andere, im jeweiligen Brief erwähnte sympathische Zeit-Genossen oder politisch Ungenießbare erfährt, ist bei Peter Hirsch, genannt Surava allerdings vergessen gegangen, dass Surava auch Redaktor des Vorwärts war. Bitte bei den zukünftigen Auflagen nachtragen, die sicher nicht ausbleiben werden, denn das Buch verspricht jetzt schon ein gewaltiger Insider-Bestseller zu werden!

Unbedingt lesen auch den Schandbrief an Rudolf Gilgen, nachdem dieser in Zürich zwei Gymnasiasten aus der Schule schmeissen liess, weil sich diese bei den «Antifaschismus-Wochen» von 1974 hervorgetan hatten! Absolute Aktualität also: Man lässt die Neonazis aufmarschieren, und dann verfolgt man die Antifaschisten, denen über dieser unerträgliche Tatsache, verständlicherweise, die Hutschnur platzt! Sogar an Helmut Kohl, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz sandte Digg eine gesalzene Bulle – ob die «Birne» den Brief gelesen hat, ist zwar eine andere Frage. Allzu steile Pässe von WMD gehen oft ins Offside, doch andere führen zu Toren: wer die Siege und Niederlagen der Linken in den beiden Dezennien der Sechzigern und Siebzigern etwas näher kennt, schaut die heissesten Szenen im Spiegel dieser Briefe eines nie umgefallenen Achtundsechzigers in diesem Aufzeichnungsband Nummer 6 der Edition 8 mit Ver- und Bewunderung nochmals näher an: Wo war ich selber damals, was hab ich damals gemacht, wie stehe ich heute dazu? Politische Selbstanalyse garantiert. Die Effizienz von Schreibkursen, wie sie ab diesem Herbst auch vom neu gegründeten Literaturinstitut der Schweiz angeboten werden, kommentierte der Autodidakt Diggelmann mit einem Diktum von Max Frisch, der auf die Frage, ob man literarisches Schreiben lernen könne oder nicht, knapp und präzise sagte: «Wer kann, der kann es.» An Maria Becker schreibt er einmal, als es ihm gerade ziemlich gut ging, aus Schernelz am Bielersee: «So komme ich, wenn schon nicht mir, wenigstens dem Ramuz näher». Beide, Ramuz und Diggelmann, zwei aufeinander folgende Generationen, sind mit Leib und Seele Schweizer, der Welsche und der Deutschschweizer, der Wertkonservative und der Rebell; das heisst genauer definiert: der konservativ-bäuerliche Libertäre und der engagierte-städtische Marxist. Aber beide

dank ihrem extrem kleinbürgerlichen Bewusstsein als literarische Kunst-Handwerker und Kleingewerbler natürlich absolute Radikal-Individualisten, geradezu unberechenbar gefährliche «Incontrolados» des Geistes. In Etagnières, im Gros de Vaud, wo Digg sich dem alten Ramuz geografisch noch einen Schritt näherte und eine Hübsche aus Ouchy heiratete, nannte er sich «Weinbergwolf», in Anlehnung an den Hesse-Roman «Steppenwolf». Dort verbrachte WMD wohl die glücklichsten Jahre seines Lebens. Aber auch dieses Idyll war von kurzer Dauer. Spannend wie ein Roman, aber nicht so langweilig, stellt diese Briefausgabe die eigentlich linke Sensation dieses Jahres dar.

## Literatur wie Fussball

Als weitere kleine editorische Sensation ist nun auch das gesamte Literarische Quartett des deutschen Fernsehens, sowohl in digitalisierter, als auch in Buchform erschienen; damit werden die bekannten und beliebten Fernsehsendungen auch für Studien- und Forschungszwecke zitierbar und also in den Stand von historischen Quellen erhoben. Zwar ist der Vorhang über der legendären literarischen Fernsehsendung von Marcel Reich-Ranicki, dem es als einzigem Kritiker gelungen ist, seit 1988 das Interesse für Literatur auf die Höhe eines Fussball-Weltmeisterschafts-Spiels anzuheben, seit der letzten Sendung am 14. Dezember 2001 definitiv gefallen; aber durch diese Gesamtausgabe kann noch mancher Studi jetzt ausrufen: «Der TV-Vorhang mag gefallen sein, aber alle meine Fragen, die sich jetzt im germanistischen Mittelseminar stellen: warum das denn damals so spannend gewesen sein soll, werden jetzt digital und gedruckt beantwortet...» Die geniale Turbo-Formel des umstrittenen «Literaturzars» und «Meisterkritikers» mit seinen eigenen, zwar bis in seine eigene Zunft hinein umstrittenen, aber von ihm selber immer klar und offen definierten und begründeten Präferenzen, war nämlich, ausser der immer streitbaren Runde, die Auswahl von sowohl aktuellen als auch längst zu Klassikern gewordenen, aber immer noch die Gemüter bewegenden Büchern. Und so hat MRR es geschafft, viele Tausende Menschen während vielen Jahren an den Bildschirm zu bewegen, indem er längst verstaubt geglaubte Bücher aus den Bibliotheken vor die Fernsehkameras bewegte, und darum herum eine aufgeregte Crew von divergierenden KritikerInnen in Bewegung setzte, mit seiner Verwandlungskunst, die ihn von der Rolle des Mittelstürmers über den Schiedsrichter zum Trainer, und zwar wenn nötig in gegnerischen Lagern, wechseln liess.

## «Fleurs du mal» – postmodern

Als «Blätter aus der Hintergasse, Nr. 5», die bibliophile Edition des Verlags Signathur in Dozwil ist jetzt das ellenlange Gedicht «brian kraftkerl – ein sortiertes alpdrücken», erschienen, ein Hochseil-Akt zwischen Brain (Gehirn) und Body (Kraftkerl), wie der Titel suggeriert: Janos Stefan Buchwardt ist der Super-Poet, der hier in seine riesige erotische Drahttharfe greift und Quader um Quader gigantische, beinahe Blocksatz-Strophen durch sieben Liebes- und Leidens-Nächte hervorstemmt: eine wahre Body-and-Brain-Building-Performance, ein faszinierendes und gleichzeitig beunruhigendes postmodernes Faszinosum, bei dem einem der Atem und die Spucke wegbleiben, illustriert als Kontrast zur Textästhetik eher im Stil der klassischen Moderne von Christian Lippuner. In einer Art Gebrauchsanweisung über das «Einholen der Ekstase über Disziplin» instruiert uns der Autor in «sieben Thesen», ja, denn er scheint es irgendwie mit der Schöpfung zu haben, wie man diese aktuelle Form eines «Fleurs du mal»-Zyklus nach Baudelaire entziffern muss, im Laufe dessen man «bei purpurnem sog einen Sternennebel verlieren / oder gewinnen» kann. Ein interessantes psychisch-galaktisches Unternehmen der Wega: glücklich das Land, in dem es noch Platz für solche literarische Experimente gibt! Es lebe die Poesie! Die Phantasie an die Macht! Weil, wie Alphonse de Lamartine sagte: «La révolution, c'est la poésie en marche!»

## Den Vorwärts im Abo

- Jahresabo für CHF 160.–
- Halbjahresabo für CHF 85.–
- Nichtverdienende für CHF 110.–

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

- Vorwärts auf Probe, 6 Nummern für nur CHF 10.–

Einsenden an Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich oder elektronisch über [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch) bestellen

# Die andere Kunst aus Basel

tpd. «90 Jahre Heiri Strub» ist eine Ausstellung in der Galerie Hilt in Basel. Werke eines aussergewöhnlichen Mannes sind zu sehen. In hohem Alter ist Heiri Strub fit im Körper und glasklar im Geist – seine Kunst ist wie er: spitzbübisch, verspielt, phantasie- und ideenreich, ausdrucksstark, weich in der Art, kräftig im Anstrich, klar und deutlich in der Kritik, manchmal hinter-sinnig, oft auch tiefgründig, indirekt, ideenreich, neugierig und menschlich – Heiri Strub ist ein ...

## ... Vollblutkünstler.

Kommerz und Geld war nie sein Ding – Ein- und Ausdruck sind bis heute seine Passion. Der Mann hat sich mitzuteilen, er will etwas sagen, und damit beginnt seine Kunst. Jetzt zu sehen in der Galerie Hilt in Basel, erzählt eines der ausgestellten Werke auf Leinwand in Öl von einer Illusion. Strub malt Menschen beim Spazieren gehen. Sie schreiten entspannt einen Weg entlang, links und rechts von diesem sind auf riesengrossen Leinwänden Wälder in saftigem, frischen Grün abgebildet. Hinter den Leinwänden offenbart sich die zerstörte Natur. Die Menschen gehen und geniessen eine Umgebung, die es nicht mehr gibt, sie unterliegen einem idyllischem Trugbild, sie erfreuen sich am schönen Schein. Und hinter den aufgestellten Leinwänden wandelt sich das Trugbild zum Schreckensszenario. Grauschwarze, alte Autoreifen sind zu sehen. Sie stapeln sich auf der linken Seite des Bildes. Auf der rechten Bildhälfte sind Rauchschwaden einer abgebrannten Umgebung erkennbar. Eine Stimmung der Trost- und Hoffnungslosigkeit macht sich breit – Traurigkeit stellt sich ein. Doch die Menschen auf ihrem Spaziergang erkennen die Täuschung nicht. Sie sehen das satte Grün, das es nicht gibt und sind glücklich. Die Menschen spazieren und gehen ihren Weg, so wie man das macht an einem Samstag oder Sonntag. Der Betrachter wird traurig und blickt gleichzeitig auf glückliche Menschen – das irritiert. Die Stimmung des Betrachters deckt sich nicht mehr mit der Stimmung der abgebildeten Menschen. Es ist ein Bild, das bleibt, ein Eindruck, den man nicht vergessen kann. Dieses Bild brennt sich ins Gedächtnis, weil hier etwas passiert, womit man nicht rechnet: Gut gelaunt geniessen, was nicht mehr da ist – das ist die Kunst von Heiri Strub.

## Facetten, Farben, Formate

Die Sprache des wortreichen Künstlers aus Basel kennt viele Facetten. Ganz unterschiedliche Aspekte werden gleichzeitig verarbeitet. Seine Stärke ist die Vielschichtigkeit – nicht im Anstrich, sondern in der Aussage. Das Bild erinnert nicht nur daran, dass die Menschheit schon tief in den Ast hineingesägt hat, auf dem sie sitzt. Es erinnert zugleich und zwangsläufig an den Schein, den die Werbewelt via Plakat uns vermitteln will: «Die Welt, in der du lebst, ist schön, in den schillerndsten Farben schön.» Via Polfilter, Effektfotografie und digitaler Bildbearbeitung wird unsere Welt Tag für Tag schön gelogen, damit in uns das Bedürfnis geweckt wird, Produkte zu kaufen, die wir manchmal überhaupt nicht brauchen. Und während der Werbefotografie der Grad ihrer Lüge egal ist, die sie erzeugt, um Profite zu schieben, bringt es Heiri Strub mit Pinselstrichen auf den Punkt, besser, er führt uns zum Gipfel, indem er die Perversion unserer Zeit entlarvt: Symbolisch, überspitzt gesagt, erzeugen Heiris Täuschungsplakate in diesem Bild die Illusion, dass der Tod das Leben ist. Was hier passiert ist nicht nur ein Stück Mahnung, dass wir das, wovon wir leben nicht zerstören sollen. Die alten Autoreifen stehen als Metapher für die Mentalität einer Gesellschaft, die etwas produziert, was ihr nicht gut tut. Es ist die Kritik an einer Lebensweise, die uns das Genick brechen kann. Es ist zugleich ein Stück Kritik an einem System, das davon lebt, uns zu täuschen und zu manipulieren. Und wir lassen uns täuschen und wir lassen uns manipulieren. Dieses Bild zwingt zum Nachdenken. Der Gegensatz zwischen fiktiver Schönheit und realer Nicht-Welt ist derart intensiv, dass er zur Spannung wird. Diese führt zur Spaltung, zum inneren Zwiespalt. Ein Kunstgenuss wird empfindbar, der im Bauch mulmig macht. Einerseits fühlt man sich unwohl, weil die Welt krepirt und damit die Grundlage für menschliches Leben obsolet wird. Andererseits kann man sich der Faszination dieser Darstellung nicht entziehen. Strub zeigt hier eine seltene Sprache der Kunst. Eine aussergewöhnliche Art, sich dem Betrachter mitzuteilen.

## Nebensache Mensch

Wenn Menschen in Massen entlassen werden ist das ein Ereignis, das durch die Medien geht. Wie fühlen sich Betroffene dabei? Heiri Strub suchte und suchte nach einem Motiv um klar zu machen, dass das System

mit uns umspringt, wie es will. Ein halbes Jahr hat er gesucht, um zu visualisieren, was das System mit uns macht. Eine riesige Müllkippe ist zu sehen. Aus Rohren und einer Baggerschaufel stürzen Menschen Hals über Kopf in die tiefe Grube. Männer, Frauen, Kinder stürzen hinab in den Abgrund. Mütter halten ihre Kinder an der Hand, alles stürzt nach unten. Existenzen werden vernichtet, Angst ist zu sehen, Menschen schreien im freien Fall. Der Mensch wird degradiert zur Ware, die man wegwerfen kann, in die Müllkippe, wenn das Profitsystem den Menschen als Ware Arbeit nicht mehr braucht. Der Sturz der Masse steht auch für den Tod. Manche, die zu tief fallen, überleben es nicht. Es ist wie im richtigen Leben: die Kunst von Heiri Strub zeigt, was in Menschen vorgeht, denen man sagt: «Dich brauchen wir nicht mehr.»

## Die verzogene Göre

Wer sie erlebt hat, weiss wovon die Rede ist. Ob im «Baur au Lac» in Zürich, im «Vier Jahreszeiten» in München oder im «Waldorf Astoria» in New York: wer Prunk, Luxus und Überfluss kennt und hinterfragt, der ist gerne angewidert vom äusseren Reichtum innerer Armut. In einem Luxusrestaurant sitzt ein älteres Pärchen. Zwei materiell reiche Menschen sitzen am Tisch und gönnen sich was. Die verwöhnte Dame ist – wie soll es anders sein? – mit nichts zufrieden. Der Gesichtsausdruck der armen Millionärin ist jammern, nörgeln und leidend. Sie könnte einem leid tun. Vor ihr steht der Kellner. Und sein Gesichtsausdruck erinnert an den Satz: «Diese Welt ist eine Lüge». Der Mann grinst verschmitzt und verwegen. Mitgefühl zeigt er keines. Er grinst so, als ob ihn nur das Geld interessieren würde. Reagiert der Mann so, weil sein Job sein Leben ist und «Wer zahlt, schafft an»? Oder grinst er so, weil die Wünsche der Dame ihn nicht wirklich interessieren? Der Mann ist berechnend, hier geht es ums Geld. Und das ist der Grund für das falsche Grinsen des aufmerksamen Dieners. Er grinst freundlich, aber aufgesetzt, übertrieben und verlogen. Die Dame und ihr Diener – abscheulich gut!

## Masken und das Pseudo-Glück

Die Fastnachtbilder von Heiri Strub können als bittere Gesellschaftskritik verstanden werden. Totenmasken stehen als Todessymbolik dafür, wohin uns das System führen kann. Und lachende Masken zeigen, wie künstlich und aufgesetzt wir uns verhalten. Es zeigt, wie das System uns verändert, dass wir uns selbst, unser authentisches «Ich» nur schwer leben und ent-

wickeln können. Eine bewaffnete Ratte führt den Zug der Maskierten an. Mit dabei hat sie einen Eimer voll Erdöl – gemeint ist der Golfkrieg. Die Fastnachtbilder von Heiri Strub sind nicht nur Kritik an der Gesellschaft als Spiegelbild für uns selbst. Zu sehen ist auch der Protest gegen den Krieg. Strubs Bilder zeigen, was wir aus uns machen: Mit Masken setzen wir uns das Lachen auf, pseudo-belustigt gehen wir durchs Leben. Sind wir wirklich wir?

## Kein Fusstritt für Engel!

Fleissige Müllmänner mit Engelsflügeln fliegen in knalligem Orange durch die Gassen. Sie kümmern sich darum, unseren Dreck wegzumachen. Es sind Menschen fremder Herkunft, die bereit sind das zu tun, wofür sich andere zu schade sind. Fleissig wie die Bienen sammeln sie ein, was nicht mehr gebraucht wird. Die Müllsäcke sind dick und prall gefüllt, von ihnen gibt es nicht zu wenige. Die Kritik an der Wegwerfgesellschaft wird auch hier deutlich, wie die Kritik an einer primitiven Geisteshaltung. Strub malt gegen den bürgerlichen Stumpfsinn, Menschen mit Füßen zu treten, die mit eigenen Händen den Dreck derer auch noch wegmachen, die sie peinigen. Müllmänner als Engel sind kein «Ausländerpack».

## Einmal Wasser und einmal Gold

Schön an Heiris Kunst ist, dass es zweimal regnet: einmal Wasser und einmal Gold. Auf einem Podest sitzt ein Mann in einem Trichter, Goldregen überkommt ihn. Mit offenen Armen fängt der Blasse das Gold auf – doch sein Gesichtsausdruck wirkt nicht glücklich. Der Trichter führt den Goldregen nach unten. Hier steht eine Formation der Polizei, bewaffnet mit Schilden, wir befinden uns mitten in einer Demonstration. Die Polizei schützt den Reichtum des Reichen und empfängt über den Trichter einen Teil des Goldes. Im Regen stehen nackte Demonstranten. Sie frieren, es geht ihnen nicht gut. Keine Chance haben sie, das Podest zu stürmen. Aber es sind nicht wenige Menschen, die dort im Regen stehen. Dieses Bild zeigt, wie das System funktioniert. Schade nur, dass der Goldregen von oben kommt. An sich müsste er seitlich fließen, von den nackten Menschen hin zum Reichen, den die Polizei schützt. Philosophisch wirkt der Gesichtsausdruck des Reichen, der trotz des vielen Goldes nicht glücklich ist. Ist seine Blässe unser Problem? Ja und Nein.

GALERIE HILT, BASEL, FREIE STRASSE 88  
BIS 1. JULI 2006



Hauptsache als Nebensache? Dieser «Strub» in Schwarzweiss zeigt Menschen in ihrer Umgebung, weder im Vordergrund, sondern im Mittelpunkt.

## Antira-Festival in Burgdorf

Freitag 7. Juli: Vortrag und Film über Rechts-Rock

Die Veranstaltung liefert einen Überblick über die verschiedenen Sparten rechter Rockmusik in Deutschland. Hierbei bleibt der Begriff des Rechts-Rock nicht auf neonazistische Bands und deren Textinhalte beschränkt, sondern wird genauer gefasst: als ein Sammelbegriff für Rockmusik, die anti-emanzipatorische und reaktionäre Denkmuster offenbart, die darüber ihren offenen Flügel zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus hat.

Mit der notwendigen Trennschärfe und ohne Verallgemeinerung wird darin der Bogen geschlagen vom «White Noise» der neonazistischen Skinheads über die extrem rechten Strömungen im Dark-Wave, Neofolk und Black Metal bis hin zu den ästhetischen Inszenierungen der «Neuen Deutschen Härte», den markigen Parolen eines «nationalen Hip-Hop» und den simplen Weltbildern der Böhsen Onkelz.

Rechts-Rock bietet eine umfassende Erlebniswelt und vielerlei Möglichkeiten, reaktionäres Denken und Antimoral in eine rebellische Identität zu verpacken. Rechts-Rock ist Teil der Popkultur und einer Spassgesellschaft, in der zuweilen selbst der offene Rassismus und Antisemitismus von Bands wie «Landser» und «Zillertaler Türkenjäger» zum running Gag auf Schulausflügen und Stammtischrunden geriert.

Die ReferentInnen sind MitarbeiterInnen des apabiz, von Argumente e.V. und gehören zum Autorenkreis des Sammelbandes Rechts-Rock-Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Dornbusch/Raabe (Hg.), Hamburg/Münster 2002.

Film: «The Truth lies in Rostock – Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock»

Hintergründe der Pogrome im August 1992 in Rostock Lichtenhagen.

August 1992, Rostock Lichtenhagen. Die Polizei schaut zu, als Faschisten die Zentrale Aufnahme- und Vertriebsstelle für Flüchtlinge (Zast) und ein Wohnheim von vietnamesischen Vertragsarbeitern mit Molotowcocktails bombardieren. Eine Montage von Videomaterial, gedreht aus den angegriffenen Häusern heraus, Interviews mit Anti-Faschistinnen, den vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, der Polizei, mit Bürokraten, Neonazis und Anwohnern. Eine Dokumentation über das heimliche Einverständnis der Politik und über die verbreitete Angst.

Samstag, 8. Juli, nachmittags: Flohmarkt, Infostände, Kinderprogramm, Bastel- und Malmöglichkeiten, unplugged Live-Musik

Ort: Gotthelfpark  
Abendprogramm 20.30 Uhr:  
Konzerte in der Sägegass-Turnhalle mit Opposed (CH), Los Yukas (CH) und Harddis-kaunt (I)

WEITERE INFOS:  
DURCHBRECHEN.CH.VU

# Kein Fussbreit den Nazis!

Wolfgang Teuber. **Am 10. Juni marschierte eine braune Horde Neonazis durch Gelsenkirchen. Tausende nahmen an der Anti-Nazi-Gegendemonstration teil. Ein Gespräch mit Alice Czyborra, Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), und Ulla Richter der DKP und Gründungsmitglied des Bündnisses Dortmund gegen Rechts.**



Alice, du hast in deiner Rede auf der Anti-Nazi-Demo am Samstag in Gelsenkirchen das Bundesverfassungsgericht gerügt. Was hat es damit auf sich?

Alice: Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte die Nazi-Demonstration verboten. Als Grund hat es die Gefährdung der Sicherheit angegeben. Allerdings hat das selbe Gericht bereits im Jahr 2001 eine politische Begründung abgegeben, in der es heißt: «Zu den Anschauungen der NPD gehören Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Derartige Anschauungen sind mit grundgesetzlichen Wertvorstellungen unvereinbar. Sie lassen sich nicht als politisch unerwünscht oder missliebig bagatellisieren und wie jede andere Ausübung eines für die Demokratie konstituierenden Freiheitsrechts einstufen.» Auf diesen Beschluss kann man immer wieder zurück kommen. Unser Unverständnis ist, dass das Bundesverfassungsgericht nicht darauf zurück greift. Notwendig wäre doch ein Verbot und eine Auflösung dieser Partei, weil die NPD wider das Grundgesetz handelt, wider das Potsdamer Abkommen und eigentlich gar nicht legal sein dürfte.

Kann man die Anti-Nazi-Demonstration in Gelsenkirchen als Erfolg bezeichnen?

Alice: Es hat verschiedene Aktionen gegeben. Die Nazis sind nicht bis in den Arbeiterstadtteil Ueckendorf vorgedrungen. Es hat eine Blockade der Einwohner und Demonstrationen gegeben und die Nazis sind gestoppt worden und mussten ihren Marsch abbrechen. Von daher war das ein großer Erfolg.

Gab es eine Beteiligung von ausländischen Mitbürgern und Fußballfans?

Alice: Es haben sich an unserer Demonstration des Bündnis gegen Rechts sehr viele türkische Bürger beteiligt, die in Gelsenkirchen leben, die sehr engagiert und lautstark protestiert haben. Es gab auch eine Reihe von Gästen – man konnte das sehen an ihrem Gepäck – Fußballgäste aus Polen, die sehr aufmerksam und empört den Aufmarsch der Neo-Nazis beobachteten haben und uns unterstützt haben.

Ulla, ihr habt in Dortmund schon sehr lange Erfahrungen mit der Präsenz von Nazis. Die letzte Nazi-Demonstration in Dortmund musste abgebrochen werden. Wie kam es dazu?

Ulla: Die Nazis hatten zum 28. Januar, einen Tag nach dem Holocaust-Gedenktag, eine Demo angemeldet. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts hat einen Tag davor mit einer Kunstaktion in der Dortmunder Innenstadt viele Menschen um sich versammelt, u. a. auch den DGB und die Kirchen, um ein großes Bild zum Holocaust: schwarzes Tuch, weiße Koffer, weiße Schuhe, die daran erinnerten, wie die Menschen ins Gas geschickt worden sind. Am nächsten Tag, als die

Nazis doch marschieren durften - auch damals hatte der Polizeipräsident die Demonstration verboten, das Oberverwaltungsgericht Münster hat das Verbot bestätigt und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat es wieder aufgehoben - haben wir eine Gegendemonstration organisiert. Mit unterschiedlichen Demonstrationen hat sich das Bündnis Dortmund gegen Rechts mit dem DGB-Bündnis aufgestellt und ein von überwiegend Jugendlichen getragenes Autonom-Bündnis hat Blockaden organisiert. Gut war, dass sehr viele Gegendemonstranten da waren und die Nazis durch die verschiedenen Demonstrationen und Blockaden nur eine sehr kleine Strecke laufen konnten.

In Dortmund besteht ein Nazi-Zentrum. Die Nazis rufen in Dortmund Stadtteile zu so genannten befreiten Zonen aus. Was wird von eurem Bündnis dagegen unternommen?

Ulla: Das Nazi-Zentrum ist ein Laden, der in einem armen Wohngebiet liegt, in dem sehr viele Migranten leben. Dort haben wir bereits vor drei Jahren mit einer Demonstration auf den Laden aufmerksam gemacht. Jetzt haben wir eine monatelange Kampagne gegen den Naziladen «Donnerschlag» geführt. Angefangen mit einem Info-Abend über Naziläden, mit einer grossangelegten Flugblatt- und Plakataktion im Stadtteil, mit jeder Menge Infoständen, mit einer Plakatwand, auf der die Köpfe der bekanntesten Neonazis in Dortmund gezeigt wurden. Dabei sammelten wir über 2 000 Unterschriften gegen den Nazi-Laden und übergaben sie dem Rat der Stadt. Der Abschluss dieser ganzen Kampagne war eine Demonstration am 20. Mai. Nicht beteiligt haben sich leider - obwohl wir darum geworben haben - die «Anständigen», also der DGB, die Kirchen und die AWO. Aber die Demonstration war mit 1 500 Leuten, vor allem ganz jung, ganz laut und ganz fröhlich. Wir konnten viele Bürger aus dem Stadtteil gewinnen und viele Schülerinnen und Schüler.

Welche Schlussfolgerung sind aus euren Erfahrungen zu ziehen und wie kann man Erfolge gegen die Nazis organisieren?

Ulla: Eine Arbeit gegen die Nazis muss langfristig angelegt werden. Wichtig ist die antifaschistische Arbeit mit langem Atem und sehr offensiv. Dazu gehört Aufklärungsarbeit. Wir sprechen besonders die Jugend an, wir arbeiten beispielsweise mit den «Schulen gegen Rassismus» zusammen, den Jugendzentren und allen, die mit Jugendlichen arbeiten, weil die Nazis ihren Schwerpunkt auf junge Leute legen. Der Nazi, der in Dortmund einen Punker ermordet hat, war 17.

Also eine langfristige Kampagne, mit dem Schwerpunkt Aufklärung. Vor allem regelmäßig wie die Antifa-Gespräche alle zwei Monate, die sehr gut ankommen. Wir haben oft 50 bis 70 Leute im Saal versammelt. Unser Markenzeichen sind auch Kunstaktionen wie die Scherbenspur am 9. November: eine lange schwarze Stoffbahn mit Scherben belegt, dazu jiddische Musik und Texte, die Schülerinnen und Schüler sprechen. «Den Opfern einen Namen geben» war eine weitere Kunstaktion: Es wurden die Umriss von 130 Neonazi-Opfern, ihre Namen und Todesdaten in der Innenstadt aufs Pflaster gemalt. Wir suchen immer das Gespräch mit den «Anständigen», sind aber nicht immer erfolgreich, weil wir ihnen zu «offensiv» sind. Wir meinen, Antifa-Arbeit muss offensiv sein, damit solche Nazi-Sprüche wie «Dortmund ist unsere Stadt» konterkariert werden.

Die Gewaltbereitschaft der Nazis nimmt in Dortmund zu. Das wurde vor kurzem deutlich bei dem Überfall auf eine Linke-Szene-Kneipe, wo 20 Neonazis, bewaffnet mit Baseball-Schlägern, die Fenster kurz und klein geschlagen und die Besucher der Kneipe mit Reizgas besprüht haben. Jetzt sind endlich auch der Rat der Stadt und die Bezirksvertretung hellhörig geworden. Sie und wir gehen davon aus, dass der Überfall aus dem Nazi-Laden heraus organisiert worden ist. Von städtischer Seite aus wird jetzt versucht, Vermieter zu warnen und ein Quartiersmanagement einzurichten. Das ist auch ein Erfolg unserer offensiven Antifa-Kampagnenarbeit.

**Sit for Peace.** 24-Stunden-Sitz-Demo. Ein Zeichen setzen gegen die scheinbar unendliche Gewaltspirale in unserer Gesellschaft, gegen die imperialistischen Machenschaften der Weltmächte, die sich offenbar alles erlauben dürfen, gegen den drohenden Krieg Iran-Krieg, gegen die hinterlistige Waffenexportpolitik der Schweizer Rüstungsindustrie, gegen Ausbeutung der Dritten Welt durch die gierigen, egoistischen Kapitalstaaten. Einfach gegen jede Form von Gewalt und Ungerechtigkeit.

23. UND 24. JUNI IN BIEL  
WEITER INFOS: WWW.INDYMEDIA.CH

**Parteikonferenz der PdAS.** Im Hinblick auf den Parteitag im Oktober ist die Bündnispolitik das Thema der diesjährigen Konferenz.

SAMSTAG, 24. JUNI, 10 UHR, BAHNHOFBUFFET  
BIEL

**Gegen die «Lex Blocher».** Einladung zur ersten Koordinationsitzung, an der die verschiedenen Kampagnen gegen das Ausländer- sowie das Asylgesetz auf einander abgestimmt und gemeinsame Aktionsfelder (Aktionen, Veranstaltungen, Stände, Konzert usw.) definiert werden können.

MONTAG, 3. JULI, 18.00 UHR, IM VOLKSHAUS  
ZÜRICH, 2. STOCK, SITZUNGSZIMMER DER  
GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION

**Zürich, Bern und Basel.** Informationsveranstaltung gegen das Ausländer- sowie das Asylgesetz. Es werden inhaltliche Aspekte vermittelt und Argumente wie Gegenargumente diskutiert bzw. eine vertiefte Kenntnis mit Gegenargumenten gelehrt. Weiter soll ein Austausch über Kampagnenansätze stattfinden und eine Vernetzung mit Gleichgesinnten ermöglicht werden. Die Veranstaltung ist für Multiplikatoren und AktivistInnen gedacht, die auf regionaler Ebene in der Kampagne tätig sind. Es handelt sich um ein Angebot der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, die im Rahmen ihres Konzepts und ihrer Argumentation informieren wird.

INFOS ZU ORT UND ZEIT: WWW.OSAR.CH

**Für Frieden und Solidarität.** Wissenswertes über die bolivariensche Revolution in Venezuela. Gleichzeitig berichten Delegierte der PdA und der Gewerkschaft Unia über ihre Erfahrungen an den 16. Weltfestspielen der Jugend und Studierenden 2005, die in Caracas unter dem Motto «Für Frieden und Solidarität. Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg!» stattgefunden haben. Die Veranstaltung wird mit einer Fotoausstellung bereichert.

MITTWOCH, 5. JULI, 19.30 UHR, CASA D'ITALIA,  
BRÜHLSTRASSE 57, BERN

**Eat The Rich.** Ein Film von Peter Richardson, GB 1987, 85 Minuten. Das «Film am See» der Roten Fabrik zeigt 2006 neun Filme zum Thema «zero Toleranz.» Hintergrund für das Programm sind die zunehmenden Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit und wachsende Überwachung. Die AF Film interpretiert das Thema jedoch weitläufig und zeigt Filme von der Hexenverbrennung bis zur Dystopie.

DONNERSTAG, 6. JULI, 21.30 UHR, ROTE FABRIK,  
EINTRITT 14 FRANKEN

**Jour Fixe zur Kapitalismuskritik.** Diskussion und Fragen zu Kapitalismuskritik, Marxismus, Revolution oder anderes mit verschiedenen Leuten. Ein offenes und völlig unverbindliches monatliches Treffen. Die Themen sind nicht vorgegeben, sondern sollen sich am Interesse der Einzelnen ausrichten.

FREITAG, 7. JULI, 19.30 UHR, RESTAURANT AM  
HELVETIAPLATZ (IM VOLKSHAUS), ZÜRICH

**Music against Racism.** Antirassistisches Konzert mit Daze (Alternativer Grungerock), Direct Raption (Anarcho Rap), The Droogs (Streetpunk), Two left feet (SKA)

SAMSTAG, 8. JULI, 19.30 UHR, 8360 ESCHLIKON  
(BÜCHELACKER), EINTRITT 10 FRANKEN

Hier gibts den Vorwärts im Einzelverkauf. BASEL: Buchhandlung und Antiquariat Waser, Rümelinplatz 17; Platten, Lindenberg 21. BERN: Genossenschaft Q-Laden, Quartierhof 1; Kiosk Neufeld, Ecke Neufeldstrasse/Länggassstrasse. CHUR: Buchhandlung Karlihof, Karlihofplatz 1. LUZERN: Boa, Geissensteinring 41. ST. GALLEN: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20. ZÜRICH: Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60; Buchhandlung Tat und Rat, Röschiachstr. 69.

## Trouvaille

«Ich denke, es wird ein ziemlich unproduktiver Tag im Parlament, weil es Nachwirkungen der Feiern geben wird.»

DER AUSTRALISCHE OPPOSITIONSFÜHRER KIM BEAZLEY NACH DEM 3:1-SIEG DER AUSTRALIER GEGEN JAPAN. (TA 14. JUNI 2006)

## Aktion «Freiheit für Erdogan»

Nach dem Motto «Wer nicht ausschafft, ausbeutet und unterdrückt geht unter» gehört Migrationspolitik mit zum Wettbewerb um nationale Standorte. Die Schweiz steht der EU hierin in nichts nach. Das neue Asyl- und Ausländerrecht stellt einen neuen Höhepunkt der Arroganz und Unmenschlichkeit dar, eine Schande für das Land. Die reaktionäre Hetze ist Wasser auf die Mühlen von Neonazis, immer wieder kommt es zu Übergriffen. Und nicht erst seit letztem Jahr pilgern mehrere hundert FaschistInnen und sonstige Reaktionäre am 1. August auf die heiligste Kuhweide der Schweiz, um das «Vaterland» und seine «nationale Einheit» zu beschwören. Dies alles lenkt von den Ursachen der aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Krise ab. Die alte Parole «Hinter dem Faschismus steht das Kapital» ist darum von drängender Aktualität.

Die Kampagne für Erdogans Freilassung steht in der Schweiz vor diesem Hintergrund und damit selbstredend auch immer gegen die aktuelle repressive Politik. Erdogan gehört raus aus dem Knast und die reaktionären HetzerInnen entmachtet!

AKTION «FREIHEIT FÜR ERDOGAN», JEDEN DONNERSTAG AB 19 UHR BARFÜSSERPLATZ BASEL, WWW.AUSLIEFERUNGEN-STOPP.CH